

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Vorbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Schriftband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 12.—, für das übrige Ausland M. 20.—, Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80/81

Die werbepolitische Korrespondenz über deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Postfrachten. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Postfrachten. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Belege 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Belege in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Wiesbadener Abkommen

Gute Aussichten

für Wiederaufbauungsgewinnler

Das in Wiesbaden zwischen Rathenau und Loucheur geschlossene Abkommen läuft darauf hinaus, einen Teil unserer Reparationsverpflichtungen gegenüber Frankreich durch Lieferung von Waren für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete erfüllen zu lassen. Der Weg, der damit beschritten wird, ist an sich zu begrüßen. Die Notwendigkeit der Goldabführung laßt schwer auf unserer Wirtschaft. Deutschland ist gezwungen, sich zu den Fälligkeitsterminen ausländische Devisen zu verschaffen. Die Deckung dieses Bedarfs treibt den Dollarkurs in die Höhe und drückt auf die deutsche Mark. Die Entwertung unseres Geldes schädigt in erster Linie die Arbeiterklasse. Fremde Devisen sind außerdem Gegenwerte für die von Deutschland ausgeführten Güter. Wir können die Entente in Gold nur bezahlen, wenn wir unsern Export nach Möglichkeit in die Höhe treiben. Dem aber stehen die sinkende Konsumkraft des Auslandes und seine wachsende Neigung, sich gegen uns abzusperren, im Wege. Sinkt die Ausfuhrziffer, so sind Störungen der Produktion und erhöhte Arbeitslosigkeit die Folge. Ein Abkommen, das Warenlieferungen an Stelle von Goldleistungen setzt, garantiert bis zu einem gewissen Grade die Beschäftigungsmöglichkeiten für das Proletariat.

So ist das Problem grundsätzlich zu beurteilen. Aber durch die Einzelheiten des Wiesbadener Vertrages wird das gute Prinzip leider sehr stark durchlöchernt. Zunächst ist nur die Abführung eines Teils unserer Goldverpflichtungen vorgesehen. Frankreich erklärt sich bereit, bis zum 1. Mai 1926 Waren im Werte von höchstens 7 Milliarden Goldmark abzunehmen, und es ist fraglich, ob diese Maximalgrenze überhaupt erreicht wird, auch wenn man in Paris von dem Recht der vorherigen Kündigung des Abkommens keinen Gebrauch macht. Sachkenner in Deutschland glauben, im besten Fall mit vier Milliarden rechnen zu sollen. Aber selbst, wenn wir sieben Milliarden ansetzen, so macht diese Summe nur etwa die Hälfte der Leistungen aus, die wir im Verlauf von vier Jahren — angenommen, daß unsere Ausfuhr und damit die Ausfuhrabgabe die gleiche bleibt — aufzubringen haben. Die andere Hälfte wäre also nach wie vor in Gold zu entrichten.

Dieser allernächste Fall wird, wie gesagt, nach aller Wahrscheinlichkeit nicht eintreten, die Goldzahlungen werden sicher weit mehr als 50 Prozent ausmachen. Das bedenklichste aber ist, daß uns in den vier Jahren nicht der volle Wert der an Frankreich übermittelten Waren auf unser Wiedergutmachungskonto angerechnet wird. Nur 35 Prozent werden Deutschland zunächst gutgeschrieben, der Rest kommt einschließlich 5 Prozent Zinsen in der Zeit von 1926 bis 1936 in Jahresraten in Anrechnung. Auf keinen Fall wird, wie groß auch unsere Lieferungen sein werden, bis 1926 mehr als 1 Milliarde pro Jahr zu unseren Gunsten gebucht, und in diese Milliarde sind einbezogen die Sachleistungen, die wir an und für sich nach dem Friedensvertrag und dem Londoner Ultimatum zu entrichten haben, also vor allen Dingen die Kohle.

Deutschland bleibt für 65 Prozent der Waren Gläubiger Frankreichs. Das ist ein schönes Gefühl, aber leider ist es nicht in der Lage, seine Außenstände einzutreiben, und es muß seinerseits die Lieferanten bezahlen. In Papiermark. Aber auch diese Papiermark müssen aufgebracht werden, und das ist bei der Finanzmisere, in der sich das Reich befindet, ein Kunststück, das, wie wir fürchten, wieder nur unter Inanspruchnahme der Notpresse bewältigt werden kann, wenn es nicht gelingen sollte, in der mit den Lieferungen beschäftigten Industrie die Grundlage für eine Kreditoperation zu finden. Vermehrung des Papiergeldes aber bedeutet auch wieder Entwertung der Mark und Senkung des Reallohnes. Trösten kann uns nur einigermassen, daß im anderen Falle eben dieselbe oder vielleicht eine noch schlimmere Wirkung durch den Zwang zum Ankauf fremder Devisen hervorgerufen worden wäre.

Vorteilhaft sieht die ganze Sache in der Hauptsache für die Produzenten aus, und da kommt es nun darauf an, zu verhindern, daß diese aus der Wiedergutmachung übertriebene Gewinne ziehen. Sie müssen unter eine Kontrolle gestellt werden, an der die Arbeiter beteiligt sind. Es wird dafür Sorge zu tragen sein, daß der Gewinn, soweit er den Durchschnittsprofit übersteigt, der Allgemeinheit zugeführt wird.

Der wesentlichste Nutzen des Abkommens und der, der unsere Bedenken verringern kann, ist politischer Art. Hier ist ein Vertrag geschlossen worden, in dem Deutschland wenigstens formell als gleichberechtigter Partner erscheint. Frankreich hat nicht diktiert, sondern es hat sich mit uns verständigt, wenn wir auch nach unserer ganzen Lage nicht imstande waren, diese Verständigung für uns wirklich günstig zu gestalten. Jedenfalls ist ein erster Schritt auf einem Wege getan, der zu einer Besserung der allgemeinen Beziehungen

zwischen den beiden Völkern führen kann, und deshaß dürfen wir ihn willkommen heißen. Außerdem würde seine Ablehnung sicher die Auslegung gefunden haben, daß es uns an dem Willen fehle, die Möglichkeiten zur Erfüllung unserer Pflichten anzunehmen. Unser Wille, bis zum äußersten zu gehen, ist aber die wichtigste Vorbedingung dafür, daß drüben die Erkenntnis wächst für die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und gleichzeitig für die Gefahren, die das restlose Festhalten an den Forderungen des Ultimatus auch für die Siegerstaaten nach sich zieht.

Ein Nebenabkommen

Wiesbaden, 7. Oktober.

Die heute von den Ministern Rathenau und Loucheur unterzeichneten Nebenabkommen haben folgenden wesentlichen Inhalt:

Drei Abkommen beziehen sich auf die Abführung der Frankreich gegenüber geschuldeten Restituten. Die Rücklieferung von Industriematerial hört am 6. Dezember 1921 auf. Danach werden lediglich diejenigen Maschinen noch zurückgeliefert, die vorher abgerufen worden sind. Im übrigen bleibt das auf deutschem Gebiet noch vorhandene aus Frankreich weggeführte Material endgültig in deutschem Besitz. Dafür liefert Deutschland an Frankreich binnen 8 Monaten 120 000 Tonnen Industriematerial, die nach Art und Gewicht dem bereits zurückgelieferten Material entsprechen. Frankreich wählt sich dieses Material unter den Borräten und in den Lagern der deutschen Regierung aus. Auf die 120 000 Tonnen wird das seit dem 1. Mai 1920 zurückgelieferte Material mengenmäßig angerechnet, desgleichen weitere 20 000 Tonnen als Ausgleich für das in Esch-Lohringen verbleibende Material. Außerdem bekennt sich Deutschland Frankreich gegenüber als Schuldner einer Summe von 158 Millionen Goldmark, die im Verlaufe von fünf Jahren, beginnend am 1. Mai 1921, in gleichen Jahresraten im Wege der Aufrechnung gegen Verpflichtungen Frankreichs gegenüber Deutschland, in Ermangelung solcher Verpflichtungen durch Barzahlung, zu tilgen sind.

Die Restitution von rollendem Eisenbahnmateriale wird auf 6200 Wagen beschränkt, die in gutem Unterhaltungszustande abzuliefern sind. Zur Abführung der weitergehenden Restitutionsverpflichtungen wird Deutschland an Frankreich 4500 neue Fahrzeuge liefern, deren Typen in dem Abkommen im einzelnen bestimmt sind.

Die Restitution der von Deutschland aus Frankreich nach Deutschland verbrachten Tiere wird durch die Lieferung von 62 000 Pferden, 25 000 Rindern, 25 000 Schafen und 40 000 Bienenstöcken abgelöst. Außerdem hat Deutschland gegen Guthrift auf Reparationskonto weitere 13 000 Pferde an Frankreich zu liefern. Dafür wird Frankreich keine weiteren Viehlieferungen auf Grund der Anlage 4 zu Teil 8 des Friedensvertrages von Versailles verlangen.

In allen drei die Restitution betreffenden Abkommen ist ausdrücklich bestimmt, daß nach Ausführung der darin vorgesehenen Lieferungen Deutschland Frankreich gegenüber seine Verpflichtungen aus Artikel 293 des Friedensvertrages erfüllt hat.

Das vierte Abkommen bezieht sich auf die Kohlenlieferungen und bedarf, da es teilweise auch die Lieferungen an Belgien, Italien und Luxemburg betrifft, der Zustimmung der Reparationskommission.

Deutschland verzichtet Frankreich gegenüber für die Lieferungen über Rotterdam, Antwerpen, Gené und andere nichtdeutsche Häfen auf den FOBpreis; es erhält für diese Lieferungen den deutschen Inlandspreis plus Transportkosten. Deutschland hat das Recht der freien Ausfuhr seiner Kohlen, wenn es die Anforderungen der Reparationskommission erfüllt. In der Höhe des Wertes von so ausgeführten Kohlen, berechnet nach dem deutschen Inlandspreis, wird Deutschland Montanzahlungen auf seine Zahlungsverpflichtungen machen. Die Alliierten verpflichten sich, die von Deutschland gelieferten Kohlen nur für den eigenen Bedarf und den ihrer Kolonien und Protektorate zu verwenden. Deutschland kann bei etwaiger Ausführung der unter Artikel 299 aufrechterhaltenen Exportverträge bis zu 150 000 Tonnen monatlich der so gelieferten Mengen auf die anderen Pflichtlieferungen an Frankreich anrechnen. Der Erlös solcher Lieferungen wird auf Reparationsfondskonto eingezahlt.

Sozialistische Regierung in Thüringen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Gera, 7. Oktober.

In der heutigen Sitzung des Thüringer Landtages wurde die sozialistische Regierung gegen die Stimmen sämtlicher bürgerlichen Parteien gebildet. Die Zusammensetzung der Regierung ist folgende: Inneres: Hermann (U.S.P.), Unterricht: Greil (U.S.P.), Finanzen: Hartmann (S.P.D.), Wirtschaft: Ferschlich (S.P.D.), Justiz: von Brandenkeim (S.P.D.). Ferner wurden als Staatsräte gewählt: Brill (U.S.P.), Sieglitz (U.S.P.), Renner (S.P.D.).

Deutsche Heimkehrer aus Rußland. Aus Petersburg werden demnächst noch Deutsche, und zwar in der Hauptsache Kriegsgefangene, auf dem Seewege heimkehren. Der nächste Dampfer wird aus Stettin am 16. Oktober abgehen. Weitere werden ihm vermutlich in Abständen von acht Tagen folgen. Unsere Landsleute vermüssen vor allen Dingen Nachrichten aus Deutschland. Zusendungen von Zeitungen sind an die Dienststelle der Marineleitung, Stettin, Königsstr. 10, zu richten. Der nächste Transport wird einige 100 Personen umfassen.

Ein Schachergeschäft

Ueberführung der Reichseisenbahn in Privatbesitz

Die Finanzplamität der Reichseisenbahn ist in den letzten Jahren ununterbrochen gestiegen. Eine ebenso beständige Erhöhung der Tarife und eine möglichst niedrige Bemessung der Löhne und Gehälter der Eisenbahnbediensteten waren die einzigen Gegenmaßnahmen, die von der Verwaltung getroffen wurden. Die Steigerung der Personentarife gegenüber den Friedenszeiten beträgt in Prozenten in der ersten Klasse 98, in der zweiten Klasse 89, in der dritten und vierten Klasse 74,5. Im Güterverkehr dürfte die Steigerung rund 1200 Prozent betragen. In diesen Zahlen spiegeln sich die einzigen Taten der Reichseisenbahnverwaltung. Im übrigen verlor der Eisenbahnbetrieb immer tiefer in eine greuliche Lotterwirtschaft.

Die Hege gegen die angeblischen faulen und anspruchsvollen Eisenbahner war der bürgerlichen Presse das einzige Motiv, womit sie ihren Bedarf an Artikeln über die Fragen des Eisenbahnwesens bestritt. Diese Hege ist schon oft durch sachliche und überzeugende Darlegungen als niedrigste Demagogie nachgewiesen worden. Und die Mittel, deren sich die Verwaltung zur Abwendung einer Katastrophe bisher bedient hat, erweisen sich immer mehr als unzulänglich. Kapitalistische Kreise bliden längst mit großem Interesse auf den unaufhaltsam scheinenden Niedergang der Finanzen des Eisenbahnwesens. Mit Befriedigung beobachteten sie, daß ein staatlich geleiteter Betrieb mit rasendem Tempo dem Bankrott entgegensteht. Sie hoffen, daß diese Entscheidung den Eisenbahnbetrieb reif machen wird zur Ueberführung in die Privatwirtschaft. Sie stehen bereit, sich zu gegebener Stunde als Reiter aus aller Not darzubieten. Und um die Gelegenheit, das Ansehen der Privatwirtschaft durch solche Wendung der Dinge zu vermehren, nicht zu verpassen, bemühen sie sich, das Tempo des Niederganges nach Möglichkeit zu beschleunigen. Das geschieht durch vielerlei Mittel, vor allem durch eine schamlose Uebertreibung der Eisenbahnverwaltung bei den Lieferungen der Privatindustrie.

Es ist bekannt, daß die Bestrebungen, die eine Umandlung des Staatsbetriebes in ein kapitalistisches Geschäft oder in ein gemischtwirtschaftliches System zum Ziele haben, nicht neu sind. Beim ersten Aufsteigen dieser nahezu unglaublich klingenden Idee haben wir sofort auf diese Absichten aufmerksam gemacht.

Inzwischen ist etwa ein Jahr vergangen. Diese Zeit hat man benutzt, um den beabsichtigten Streich hinter den Kulissen sorgfältig vorzubereiten. Den beteiligten Leuten, Kapitalisten sowie Mitglieder der Verwaltung, scheint jetzt der Augenblick gekommen, um einen neuen Vorstoß in der Öffentlichkeit zu wagen. Ihre Absichten sollen der Verwirklichung näher gebracht werden durch eine Konferenz, die am Sonnabend in München beginnen wird. Der ehemalige preußische Eisenbahnminister Breitenbach hat bereits vor kurzer Zeit die Öffentlichkeit darauf vorbereitet. Er eröffnete in einem Artikel im „Tag“ die Frage, ob die staatliche Leitung der Eisenbahnen noch in der Lage sei, die Eisenbahnfinanzen zu ordnen. Er kam zu einer verneinenden Antwort seiner Frage. Nur die Privatwirtschaft sei fähig, den Eisenbahnbetrieb wieder auf die Beine zu helfen. Diesem Vorstoß eines ehemaligen hohen Staatsbeamten folgte auf dem Fuße eine Meldung, die von jener bereits erwähnten Besprechung in München Kunde gibt. In München werden vorwiegend die Eisenbahndirektionspräsidenten anwesend sein. Im Laufe des Monats Oktober wird die Frage Reichseisenbahn oder Privateisenbahn jedoch in einer Sitzung des Sachverständigenbeirats beim Verkehrsministerium zur weiteren Erörterung gelangen. Ueber den Zweck und die Beschlüsse dieser Konferenzen fügt die betreffende Nachricht, die durch die Korrespondenz „Dena“ verbreitet wird, folgendes hinzu:

Beide Besprechungen aber werden keinerlei beschließenden Charakter tragen, sondern stellen sich vielmehr als einfacher Sachverständigen-Meinungsaustausch dar, durch den das überaus schwierige Problem der eventuellen Ueberführung der Reichseisenbahnen in privatwirtschaftlichen Betrieb einer sorgfältigen akademischen Erörterung unterzogen werden soll. Ingedenke bindenden Beschlüsse werden aus diesen Besprechungen daher nicht gefaßt werden, wohl aber werden sie dazu dienen, dem Reichsverkehrsminister wertvolles Material für die Beurteilung der Frage der Privatisierung unserer Eisenbahnen an die Hand zu geben, die, wie mit Sicherheit zu erwarten ist, beim Etat des Reichsverkehrsministeriums im Vordergrund der Besprechung des Reichstages stehen wird.

Es ist ganz klar, daß dieser „Sachverständigen-Meinungsaustausch“ das Prästudium zu einer Verschacherung staatlichen Besitzes an die Privatindustrie und das Finanzkapital ist. Nicht ohne Zweck wird angekündigt, daß die Frage der Privatisierung der Eisenbahnen beim Etat im Vordergrund der Beratungen des Reichstages stehen wird. Gegen einen solchen Schritt haben wir von jeher Einspruch erhoben. Es ist eine Lüge, daß der Grund für die Finanzplamität im Wesen des staatlichen Betriebes zu sehen ist, und daß die Eisenbahn als

Privatbetrieb leistungsfähiger wäre. Es ist nicht wahr, daß ein Staatsbetrieb unbedingt zu dieser wüsten Lotterwirtschaft kommen muß, bei der die Eisenbahnverwaltung angefangen ist.

In einer Beziehung ist allerdings die Eigenart dieses Staatsbetriebes mitschuldig an den gegenwärtigen Zuständen. Aber diese Eigenart ist eine spezifisch preussische. Schon vor dem Kriege war besonders die preussische Eisenbahn mitleidende Kuh für die Staatsfinanzen. Um die Besteuerung des Besitzes immer wieder verhüten zu können, wurde schon damals die Staatseisenbahn nur als eine Quelle von Ueberschüssen zur Stärkung der Staatskasse angesehen. Der Betriebszweck wurde nur von dieser Absicht bestimmt. Das führte zu einem außerordentlich unwirtschaftlichen Schröpfungs-system, unter dem die Betriebsanlagen sehr gelitten haben. Der Öffentlichkeit war dieser innere Zustand der Eisenbahnen damals nicht bekannt, denn sie erhielt nur Kenntnis von den hohen Ueberschüssen und wurde dadurch in den Glauben gewiegt, die Eisenbahn sei ein glänzendes Geschäft.

Das Ergebnis dieser Schröpfungs-wirtschaft war aber schon damals eine beständig zunehmende und durch Reparaturen nicht ausgeglichene Abnutzung des Materials. Diese Folgen sind in der Kriegszeit ins Ungemessene gesteigert worden. Das Material wurde mehr und mehr heruntergewirtschaftet, Reparaturen und Einstellungen von neuem Material wurden noch härter vernachlässigt. Einmal, weil das Fieber des Kriegswahns keine Zeit dafür ließ, zweitens aber, weil die deutsche Industrie die notwendigen Lieferungen an die Eisenbahn nicht ausführte, sondern statt dessen für das neutrale Ausland produzierte und sogar Rohmaterial dorthin verkaufte.

Gerne begann schon während des Krieges eine maßlose Auswucherung der Eisenbahnen durch die Industrie. Bei allen Lieferungen wurde die Eisenbahn überburtet. Und diese Auswucherung ist nach dem Kriege ebenfalls unglaublich gesteigert worden. Wir haben darüber mehrmals ausführlich berichtet. Es war soweit gekommen, daß die Eisenbahnverwaltung auf Umwegen die Öffentlichkeit von dieser Auswucherung in Kenntnis setzen mußte. Vergleiche zwischen den Preisen, die von der Eisenbahnverwaltung für bestimmte Arbeiten an die Privatindustrie gezahlt wurden, mit den Unkosten, die eine gleiche Arbeit in den eigenen Werkstätten der Eisenbahn verursacht, ließen erkennen, daß die Privatindustrie die Eisenbahn in kaum glaublicher Höhe überburtete. Zu alledem kommt die Erhöhung der Materialpreise. Das sind Erscheinungen, die die Auffassung rechtfertigen, die Privatindustrie habe bewußt auf den Ruin der Eisenbahnen hingearbeitet, um den Betrieb bei passender Gelegenheit verschlingen zu können. Geht der Eisenbahnbetrieb seinem Ruin entgegen, so nicht zuletzt infolge der Wucherer-gewinne derselben patriotischen Industriellen, die jetzt die Hände nach dem Staatsbezug ausstrecken.

Die Eisenbahnverwaltung ließ alle diese Dinge gehen. Alle Hinweise auf diese Zustände brachten die Verwaltung durchaus nicht aus ihrer bürokratischen Bierstube. Wenn sich also etwas als unfähig erwiesen hat, so ist es nicht der Staatsbetrieb an sich, sondern diese bürokratische Wirtschaft, die außer Tarifierhöhungen kein Mittel fand, um einer Katastrophe vorzubeugen.

Sie ist nur zu verhindern durch eine großartige Reform dieser Verwaltung selbst, durch eine Beilegung des bürokratischen Systems und durch die Einführung einer kaufmännisch geschulten Leitung. Die organisierten Beamten und Arbeiter der Eisenbahn haben ihre Hilfe bei der Durchführung einer solchen Reform mehrmals angeboten. Die Vorschläge, die unsere Reichstagsfraktion zur Reform der Reichseisenbahnverwaltung gemacht hat, zeigen den Weg, der unter Beteiligung der Arbeiterschaft gegangen werden muß, wenn ein Ende mit Schreden vermeiden werden soll. Sie bieten auch das Mittel dar, um den Bestrebungen des Privatkapitals entgegenzuwirken. Notwendig ist eine Zusammenfassung des gesamten Transportwesens, der Eisenbahnen und der Schifffahrt, und seine engste Anlehnung an die Post und Telegraphie. Erforderlich ist außerdem eine Reform der gesamten Verwaltung nach modernen kaufmännischen und technisch-wirtschaftlichen Grundsätzen, und nicht zuletzt der Ausbau der betriebsorganisatorischen und technischen Einrichtungen der Eisenbahnwerkstätten. Durch die Heranziehung der Arbeiter und Beamten zur Mitbestimmung in den Verwaltungsangelegenheiten, ferner durch ein vernünftiges Beförderungssystem, das den wirklich Fähigen auf einen feiner Eignung angemessenen Weg bringt, sind die ersten Schritte zur Umwandlung des bürokratisch starren Staatsbetriebes in einen modernen gemeinwirtschaftlichen Betrieb zu tun.

In dieser Richtung hat sich die Reform des Eisenbahnbetriebes zu bewegen, und wir erheben abermals schärfsten Einspruch gegen den Versuch, die Reichseisenbahn an das Kapital zu verschahren. Schamlos ist die Art, mit der die Reaktion diese Dinge agitatorisch ausnutzt. Das „Deutsche Tageblatt“ des Herrn Wulle bringt es fertig, angesichts des Bankrotts dieses bürokratischen Systems von einer „vernichtenden Pleite sozialistischer Betriebswirtschaft“ zu sprechen. Wenn wirklich eine Pleite eintreten sollte, so ist sie darauf zurückzuführen, daß der von unserer Fraktion und von den organisierten Eisenbahnern stets geforderte allmähliche Übergang zu einer sozialistischen Betriebswirtschaft bisher abgelehnt worden ist. Die Eisenbahner werden auch jetzt wieder, da die Gefahr der Verschärfung der Eisenbahnen unmittelbar nahegerückt ist, Stellung nehmen und das ganze Gewicht ihres Einflusses ausbieten müssen, um diesen Schritt zu verhindern.

Fauler Schwindel

Wo sind die Mörder Erzbergers?

Aus Düsseldorf wird berichtet: „Donnerstag Nacht wurde in einem Kaffeehaus in Düsseldorf der Kaufmann Max Müller aus Steinhilber von der Polizei verhaftet, weil er einem dort anwesenden Wachtmeister erklärte, der Mörder Erzbergers zu sein. Die Polizei hat ihn in Haft genommen, steht aber seinen Angaben sehr skeptisch gegenüber.“

Die Hintermänner der Mörder Erzbergers verstehen es ausgezeichnet, die Öffentlichkeit zu bluffen. Bald sind die Mörder in der Schweiz gesehen worden, bald in Italien, dann wieder in Kopenhagen und nun will man auf einmal in Düsseldorf einen gefunden haben. Alle diese Meldungen dienen der Fressführung. Warum wird nicht einmal Ungarn als Aufenthaltsort erwähnt? Es liegt doch nahe, daß sich die Mörder gerade dort am sichersten fühlen. Dank der guten Beziehungen, die Ehrhardt, Bauer und Bischoff mit Forsthy unterhalten, kann in Ungarn einem deutschnationalen Mörder nichts passieren.

Die unsterbliche Revolververschauze

Oberst Kxlander in Berlin

Oberst Kxlander, der Kumpan Kohrs und Vochners, der an der Spitze aller reaktionären Treibereien in Bayern stand, scheint nach dem Zusammenbruch des Rahr-Vochners-Kurses sein Tätigkeitsfeld nach Berlin verlegt zu haben. Er sprach am Donnerstagabend in einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei, die für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen einberufen war. Seine Rede, die selbst nach dem Geständnis des „Local-Anzeigers“ stark antisemitisch gefärbt war, war eine Kampfrede gegen die Regierung. Sie fand deshalb den starken Beifall des deutschnationalen Publikums, dessen politische Einstellung durch Loben und Schimpfen gegen die „Judenregierung“ charakterisiert wird.

Politisch von Interesse war das Eingeständnis Kxlanders, daß die Pläne der bayerischen Reaktionäre zustande gekommen sind. „Wir Bayern — erklärte er — haben eine Niederlage erlitten. Es wäre falsch, sich darüber täuschen zu wollen. Die Gesundungshoffnungen hier muß man vorläufig begraben. Unermehliche Arbeit ist vernichtet worden.“ Schuld daran trägt nach der Darstellung des Obersten Kxlander der ungenügende Zusammenhalt der Rahr-Regierung und die Schwäche der Koalitionsparteien.

Nach diesem Eingeständnis der Niederlage kam der Haupttrumpf des tapferen Obersten: „Bayern hat in dem großen

Die Praktiken der Mörderpartei

würden im kommunalpolitischen Leben Groß-Berlins einreißen, wenn eine bürgerliche Mehrheit unter Führung der Deutschnationalen aus den Wahlen hervorginge.

Im Roten Hause

muß eine sozialistische Mehrheit bleiben! Deshalb wähle jeder am 16. Oktober die Liste der

Unabhängig. Sozialdemokratie

Kampfe versagt, jetzt muß es Preußen machen! Wir Bayern sind augenblicklich abgelämpft. Wir geben natürlich den Kampf nicht auf, wir werden schon wieder an die Front gehen. Aber es muß eine frische Kampfdivision vor, nun müssen Sie normwärts kommen im Kampf um die Stadt Berlin! Der Anfang müsse gemacht werden, indem man am 16. Oktober in Berlin die Roten fortjagt.

Wie bescheiden plötzlich der Herr Oberst geworden ist! „Wir Bayern sind abgelämpft“, erklärt er resigniert. Ja, wo haben diese Bayern überhaupt „gekämpft“? Sie tobt und schimpfen in ihren Versammlungen, sie veranstalten nationalistische und monarchistische Paraden, sie unterdrücken jede freie Meinungsäußerung, sie konspirieren, wühlten, hekten, schossen Garetz meuchlings nieder, schützten die Mörder Erzbergers, drohten mit Aufstand und Loslösung vom Reich — aber alles nur solange, wie die Rahr-Vochners-Clique am Ruder war, die nur mit Hilfe des Unsnahmezustandes zu regieren verstand. Jetzt, wo die Aufhebung des Ausnahmezustandes unmittelbar bevorsteht, ist die ganze „unermehliche Arbeit“ des Obersten Kxlander und seiner Kumpane für die Rahr. Jetzt flüchtet er nach Berlin, um die „Preußen“ zum Kampf aufzurufen, dieselben Preußen, für die es bisher im Anhängerkreise des „Wiesbacher Anzeigers“ nur Schimpfwörter und Schmähungen gab.

Aber Oberst Kxlander denkt wohl auch gar nicht an das preussische Volk, sondern nur an jene Reaktionäre, antisemitisch verblödeten monarchistischen Preußen, die wie Ueberreste aus der Steinzeit in die moderne Zeit hineintragen. Diese Leute waren es wohl auch, die der bayerischen Revolververschauze des Obersten Kxlander Beifall zollten und sich rüsten, bei den Wahlen in Berlin „die Roten davonzujoagen“. Die große Masse der wertigsten Bevölkerung Berlins wird dafür sorgen, daß diese „Kampfstuppe“ des Obersten Kxlander am 16. Oktober eine vernichtende Niederlage erleidet.

Der Fall Ruge

Nach dem ehemaligen Heidelberger Privatdozenten Ruge, der nach seiner Verhaftung vom Breslauer Amtsgericht entlassen wurde, weil angeblich das Material nicht ausreichen sollte, wird nunmehr durch einen Steckbrief wegen verschiedener Delikte, darunter wegen verübten Mordes, gefahndet. Mit dem Amtsrichter, der einen ausgeheimelten Schwerverbrecher schwarz-weiß-roter Färbung entlassen ließ, beschäftigt sich jetzt, wie wir hören, der preussische Justizminister. Es sollen Untersuchungen darüber angestellt werden, ob der Amtsrichter — wie heißt er wohl? — fahrlässig gehandelt hat. Dem Verbrecher Ruge wird diese Untersuchung nicht wehe tun. Er freut sich an seinem sicheren Unterkunftsort, daß es in Deutschland derzeitige Richter gibt und ist insbesondere auch der Polizei dankbar, die ihn durch eine Warnung ermunterte, das gefährliche Altematerial rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, damit ihr bei der Hausdurchsuchung nichts in die Hände falle.

„Schluß machen!“

Unter dieser Ueberschrift gibt die rechtssozialistische „Dresdner Volkszeitung“, welche bis zum Göttinger Parteitag zu den entschiedensten Verfechtern einer Koalition mit der Stinnespartei gehörte und wiederholt sogar für eine Ausschiffung der U. S. P. aus der sächsischen Regierung eingetreten war, die von Zentrum und Demokraten an die S. P. D. erteilten Antworten wieder und bemerkt dazu wörtlich:

„Das Verhalten der Deutschen Volkspartei zeigt, daß die weiteren Erörterungen über die Regierungsumbildung jetzt völlig nutzlos sind. Die bisherigen Diskussionen haben bei allen Schritten doch Klarheit darüber geschaffen, daß die Volkspartei nur dann in eine bürgerlich-sozialistische Reichsregierung hineingehen wollen, wenn der sozialistische Einfluß in der Koalition auf ein solches Minimum reduziert wird, daß die Beteiligung für uns keinen Zweck mehr hat. Es wird unter diesen Umständen

nichts weiter übrig bleiben, als es im Reich bei dem jetzt bestehenden Zustande zu belassen, selbst um den Preis, daß es nicht möglich sein sollte, den Eintritt der Sozialdemokratie in die preussische Regierung durchzusetzen. So wünschenswert es uns zu sein scheint, daß recht bald unsere Partei wieder in die preussische Regierung hineingeht, mit der Erfüllung der deutschvolksparteilichen Sehnsucht wäre der Eintritt der Sozialdemokratie in die preussische Regierung viel zu teuer erkauft.“

Die Aeußerung der „Dresdner Volkszeitung“ zeigt recht deutlich, daß sich ein immer größerer Teil der rechtssozialistischen Partei der Gefahren bewußt wird, in die die Partei dank dem Göttinger Beschluß geraten ist. Um diese Gefahren zu bannen und gleichzeitig die politische Situation zu entwirren, bleibt in der Tat nichts anderes übrig als: „Schluß machen!“

Aufgehobene Zeitungsverbote

Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 7. Oktober.

Der stellvertretende Staatskommissar für München Stadt und Land hat auf Befehl der bayerischen Staatsregierung die auf Grund des Ausnahmezustandes verhängten Zeitungsverbote gegen die Berliner „Freiheit“, die „Rote Fahne“, den Münchener „Kampf“, das „Mittelungsblatt der U. S. P.“ mit sofortiger Wirksamkeit aufgehoben.

Zum Polizeipräsidenten von München wurde Ministerialrat Roky ernannt. Roky war nach dem Kapp-Putsch Staatskommissar für öffentliche Ruhe und Sicherheit in Bayern, später bekleidete er das Amt des bayerischen Staatskommissars für die Durchführung der Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Zuletzt wurde er zum Staatskommissar der Hiszaktion für Oppau ernannt, Monarchist durch und durch.

Der „Temps“ über das Abkommen

Ein Fortschritt in den Beziehungen zu Frankreich

CC. Paris, 7. Oktober.

Der „Temps“ bespricht heute das Abkommen von Wiesbaden und sagt, daß Frankreich und Deutschland bei einer loyalen Würdigung dieses Abkommens ihre Vorteile finden könnten. Der Gedanke, der die Wiesbadener Verhandlungen leitete, war die absolute Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, um den Wiederaufbau zu beschleunigen. Denn es ist unzulässig, daß die Lasten des Wiederaufbaus weiterhin auf Frankreichs Schultern ruhen, und es ist unzulässig, daß der Aufbau dadurch verzögert wird, daß Deutschland gezwungen ist, seine Reparationen auf eine zu große Anzahl von Jahren zu verteilen.

Die beiden Antragsländer können das Wiesbadener Abkommen abhelfen. Die hinsichtlich dieses Abkommens geäußerten Befürchtungen sind grundlos. Deutsche Arbeitskräfte werden nicht verwendet werden. Die deutschen Arbeiter werden vielmehr ihren Vorteil darin finden, daß sie in Deutschland die an Frankreich zu liefernden Materialien bearbeiten können. Auch die Interessen der französischen Industrie werden gewahrt, da ihr die Ausführung gewisser großer Aufträge vorbehalten wurde. Außerdem werden die Preise der deutschen Materialien nicht geringer sein als die in der französischen Produktion üblichen, da für die von Deutschland gelieferten Waren Zölle und Transportkosten hinzukommen.

Deutschland ist auf den Export angewiesen, um sich die notwendigen Mittel zu verschaffen, seinen Verpflichtungen nachzukommen und seine Produktionsmittel und dadurch seine Zahlungsfähigkeit zu fördern. Frankreich erhält Naturalieferungen, die es nicht sofort bezahlen muß, doch werden die Bestimmungen des Friedensvertrages nicht abgeändert, ebensowenig die Zahlungsbedingungen, die Deutschland vorgeschrieben wurden.

Die englische Industrie ist zwar praktisch von der Lieferung der zerstörten Gebiete ausgeschlossen, doch ist der „Temps“ überzeugt, daß die englische Regierung gegen das Abkommen keinerlei Einwendungen erheben werde, weil es sich darum handelt, Frankreich von dem großen Unheil zu erlösen, das ihm durch die Festkörnung seiner Gebiete auferlegt wurde. Das Abkommen bedeutet einen Fortschritt in den Beziehungen Frankreichs zu Deutschland, aber es kann in keiner Weise die französische Politik hinsichtlich der Durchführung des Friedensvertrages beeinflussen. Das Abkommen gibt Frankreich bedeutend Garantien, durch die seine Rechte und Interessen gesichert werden.

Programm der Abrüstungskonferenz

CC. Paris, 7. Oktober.

Eine Washingtoner Depesche erklärt, daß für die Washingtoner Konferenz folgendes provisorische Programm festgelegt wurde: 1. Einschränkung der Seerüstungen; 2. Regeln für die Kontrolle neuer Mittel zur Kriegführung; 3. Einschränkungen der Rüstungen zu Lande; 4. Fragen des Pazifischen Ozeans und des Neupolen Ozeans, darunter solche Fragen, die sich auf China beziehen und zwar auf seine territoriale und Verwaltungs-Integrität, sowie auf die Politik der offenen Tür, seinen Handel, seine industrielle Entwicklung, seine Eisenbahnen usw.; 5. Sibirien; 6. Die Frage der Mandate über die in Frage kommenden Inseln, falls dies Problem noch nicht gelöst wurde.

Die Putschbewegung in Tirol

II. Wien, 7. Oktober.

Wie hier verlautet, steht die Abtrennungsbewegung in Tirol angeblich unter der Leitung mehrerer reichsdeutscher Persönlichkeiten. An erster Stelle wird unter ihnen der aus dem Kapp-Putsch bekannte Major Papp genannt, der in Tirol unter dem Namen Peters wirkte. Die Bewegung hat auch auf deutsches Gebiet übergriffen und trägt in beiden Ländern angeblich vorwiegend deutschnationalen Charakter.

Die vorstehende Wiener Meldung, die von der Telegraphen-Union in Zweifel gezogen wird, entspricht durchaus den Tatsachen. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die geschlüpften Kappisten, die bisher in Bayern ihre Zuflucht fanden, ihren Hauptwirkungsbereich nach Tirol verlegt haben, das als Verbindungsland zwischen Bayern und Horthungarn dient. Auch daß der von seiner Tätigkeit in der Gardebataillionsdivision bekannte Major Papp bei diesen Zettelungen mit an der Spitze steht, war bekannt. Die verstärkte Tätigkeit der reichsdeutschen Putschisten in Tirol steht zweifellos in Verbindung mit den Rüstungen der bayerischen Reaktionäre wie mit den Treibereien der Budapest-Regierung in Westungarn, die ihre Spitze gegen Oesterreich richten. In Wiener Regierungskreisen erwartet man täglich einen neuen ungarischen Vorstoß gegen Oesterreich, deshalb muß den Putschplänen der Kappisten in Tirol eine größere Bedeutung beigemessen werden.

Der Nationalrat wählte den christlichsozialen Abgeordneten Guertler zum Finanzminister, Oberst Waechter zum Heeresminister und den bisherigen Ernährungsminister Gruenberger unter Betrauung mit der Leitung des Ernährungsamts zum Minister für Handel.

Der Zuckerrucher

Vor dem Kriege gehörte die Zuckerproduktion zu denjenigen Industrien Deutschlands, die weit mehr produzierten, als im Inlande verbraucht werden konnte. Zucker wurde in großen Mengen exportiert. Der Krieg hat auch auf diese Ueberproduktionszweig vernichtend gewirkt. Der Zucker wurde wie alle Nahrungsmittel eine kostbare Seltenheit.

Allmählich ist die Erzeugung nun wieder hoch gekommen, und die Zuckerkapitalisten denken schon daran, demnächst wieder auszuführen. Die allgemeine Befestigung der Zwangswirtschaft hat jedoch auch die Zuckerbarone nicht schlafen lassen. Da auf allen Gebieten der Nahrungsmittelerzeugung der freie Wucher triumphiert, erscheint es auch ihnen an der Zeit, die Preise des Schleichhandels auf den gesamten Verbrauch zu übertragen. Bereits im Mai dieses Jahres nahm die Generalversammlung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie eine sehr energische Entschließung an, die das Ende der Zwangswirtschaft für den Herbst verlangte. Gleichzeitig wurde aber die Regierung aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, um die Raffinationsindustrie (d. i. die weiterverarbeitende) gegen Verlustgefahren zu sichern, die sich aus den Restbeständen des kontingentierten Rohzuckers ergeben könnten, und damit schon inzwischen wenigstens die Kleinhandelspreise noch höher steigen, forderte man die sofortige Einführung eines hohen Zuckergolles und zwar in Goldmark.

Die Regierung zögerte einige Zeit, das letzte Bollwerk der Volkshüterung zu beseitigen, aber es wird niemand wundernehmen, daß dieses Zögern bald ein Schwanken und das Schwanken ein Entschluß wurde: vom 1. Oktober ist wirklich, ganz wie es die beteiligten Kapitalisten befohlen haben, die Zuckerzwangswirtschaft aufgehoben. Ferner ist auch dem Wunsch der Zuckerzeuger Rechnung getragen und die Raffinationsindustrie gegen Verlustgefahren geschützt worden. Der Ernährungsminister hat nämlich angeordnet, daß die Restbestände von Zucker aus der Ernte des vorigen Jahres nicht im freien Verkehr abgegeben werden dürfen. Das hat die Knappheit an Zucker hervorgerufen und führt den Industriellen für die nächsten Monate sehr hohe Preise.

Damit ist aber nicht der völlig freie Handel hergestellt. Zur Ueberleitung aus der Zwangswirtschaft ist auf Veranlassung der Regierung eine Zuckerwirtschaftsstelle gegründet, die an Stelle der staatlichen nur eine private Zwangswirtschaft darstellt, freilich jeder Kontrolle der Öffentlichkeit entzogen ist. Die Ursache dafür ist die Tatsache, daß die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt die Möglichkeit eröffnet, daß der freie Handel mit Zucker eine erhebliche Verbilligung bewirken könnte. Schon heute ist der Zucker im Ausland trotz der валютunterschiede billiger als in Deutschland.

Einem Teil der Zuckerkapitalisten ist denn auch vor dem freien Handel bange geworden, und bisher haben sich 13 Zuckersabriken, die rund 2,3 v. H. der Gesamtproduktion erzeugen, nicht entschließen können, an dem Kartellvertrag teilzunehmen. Sie sehen ein, daß der freie Handel einen Preisdruck hervorrufen muß, und sie fürchten, daß die Einfuhr des wohlfeileren Auslandszuckers sich auf die Dauer nicht hintenanhaltend lassen wird.

Die Mehrzahl allerdings ist wohlgenut und vertraut auf den bewährten Gehorsam des Reichsernährungsministers, der durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen ihnen den Kartellwucher garantieren soll. Man kann nur wünschen, daß der restlose Zusammenschluß der Industrie nicht zustande kommt, weil sonst zu befürchten ist, daß das Kartell die Preisbildung durch seine Monopolstellung völlig in Händen hat und willkürlich in die Höhe treibt.

Diese Absicht gibt das Direktorium des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie offen zu.

Der Vertrag bezweckt ausschließlich, den bisherigen Rohzuckerpreis von 210 Mark durchzuhalten, damit die Rüben auf dieser Grundlage verwertet werden können, anderenfalls ein erneuter harter Rückgang des Rübenbaues unausweichlich ist (1). Der Verbrauchszucker soll durch den Vertrag ohne Rücksicht auf den bisherigen Preis gehalten und der Rohzucker den Raffinerien nach den bisherigen von der Reichszuckerstelle gehandhabten Grundätzen (40 v. H. der Erzeugung in den ersten drei Monaten) gleichmäßig unter Ausgleich der Frachten zugeführt werden. Der Verbrauchszuckerverkauf bleibt dem freien Groß- und Kleinhandel überlassen, wobei anzunehmen ist, daß dieser den ihm bislang nach der Regierungsverordnung zugebilligten festen Handelsnuzen infolge der Konkurrenz nicht mehr voll auswertet, sondern den Zucker vorwiegend billiger als bisher an den Verbraucher bringen wird.

Diese Annahme ist sehr bezeichnend. Während sich die Produzenten zusammenschließen, um den bisherigen Preis durchzuhalten, versuchen sie die Öffentlichkeit zu täuschen, indem sie auf die freie Konkurrenz der nichtkartellierten Händler verweisen. Demgegenüber verlangen wir, daß die Regierung der Beseitigung der Zwangswirtschaft nicht die Unterstützung einer privaten Zwangswirtschaft durch Schutzzölle folgen läßt. Der Schutz Zoll kann hier nur eine Auswucherung des Inlandes bewirken. Da hier einmal der freie Handel sich gegen die Erzeuger richtet, dürfen seine Wirkungen nicht durch beherrschende Maßnahmen zugunsten der Verbraucher abgeschwächt werden.

Inzwischen sind die üblen Folgen der Freigabe der Zuckerwirtschaft bereits eingetreten. Bis die Freigabe angeordnet war, versicherten die Industriellen eine Preiserhöhung werde wegen des überaus großen Zuckergehalts der Rüben nicht notwendig sein. Nach der Freigabe haben sie sie sofort beschlossen. Die Zuckerwirtschaftsstelle hat den Grundpreis für Weißzucker bei der Abgabe an den Handel auf 350 je Zentner festgesetzt, gegenüber einem für September gültigen Preis der Reichszuckerstelle von nur 300 Mark. Damit ist der Anfang zu einer weiteren erheblichen Steigerung gemacht, der das Ernährungsministerium genau wie gegenüber anderen Erzeugern willig Handlangerdienste leistet.

Die Agrarier wünschen chinesische Rullis

Auf dem Bundestag der Bodenreformer in der Breslauer Universitätsstadt erinnerte der Geheimrat Admittalitätsrat Schramm in seinem Vortrag über die Bodenreform daran, daß schon vor dem Kriege der ostelbische Großgrundbesitz die Einführung chinesischer Rullis als Landarbeitskräfte nach Deutschland geplant habe. Der Vorsitzende Dr. Damalske bemerkte darauf, diese Behauptung sei bisher immer als „böswillige Erfindung“ bezeichnet worden, und fragte den Redner, ob er bestimmte Angaben darüber machen

könnte. Schramm erwiderte, anfangs 1889, als er deutscher Konsul in der britischen Kolonie Hongkong war, sei ihm ein Erlaß des Reichskanzlers Fürst Bismarck zugegangen, in dem er aufgefordert wurde, zu einer Anregung einer landwirtschaftlichen Körperschaft Stellung zu nehmen, die Einfuhr chinesischer Rullis nach Deutschland in die Wege zu leiten. Der Erlaß sei dem Auswärtigen Amt gekommen, dessen Beamter Schramm damals war. Diese Feststellung Schramms erregte in der Versammlung großes Aufsehen.

Mit vollem Recht, denn sie kennzeichnen die Deutschnationalen als struppellose Antinationalisten.

Kommunistisches Zwischenspiel

Die Kommunistische Partei hat in den kritischen Märztagen ihre Abgeordneten verpflichtet, die kommunistischen Blätter verantwortlich zu zeichnen. Da in jenen Tagen die Aufrufe zur großen Offensive in die Welt gingen, haben sich verschiedene dieser Abgeordneten ein Strafverfahren zugezogen. Dem Preussischen Landtag lagen gestern eine Reihe von Anträgen auf Aufhebung der Immunität der betreffenden Abgeordneten vor. Der Geschäftsordnungsausschuß hat der Strafverfolgung zugestimmt. Im Plenum des Landtages wurde hingegen beschlossen, die Anträge zur erneuten Prüfung an den Geschäftsordnungsausschuß zurückzuverweisen. Von unserer Fraktion legte Genosse Leib dar, daß wir grundsätzlich für die Aufrechterhaltung der Immunität eintreten, ganz gleich, welche Parteizugehörigkeit dabei in Frage kommt. Selbstverständlich dürfe mit der Immunität kein Mißbrauch getrieben werden. Aber hier handele es sich um rein politische Vergehen und es sei um so mehr angebracht, den Anträgen nicht stattzugeben, als sich der Verfolgungseifer der Staatsanwälte immer nur gegen links bemerkbar mache.

Dann gab es eine kleine Sensation. Der Abgeordnete Ziegler, der die kommunistische Zeitung in Breslau verantwortlich gezeichnet hatte und der inzwischen aus der kommunistischen Partei ausgestritten ist, legte in einem Brief an den Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses dar, daß sein Name ohne sein Wissen und seinen Willen von fremder Hand unter die Zeitung gesetzt worden sei. Er müsse jede Verantwortung dafür ablehnen. Dieser Brief wurde durch den Abgeordneten Siering im Landtag verlesen. Hört, hört! erklang es von allen Seiten, während es auf den Bänken der Kommunisten still und stiller wurde und recht viele lange Gesichter gab. Eine peinliche Situation! Jedoch konnte das Schicksal des Abgeordneten Ziegler bei denjenigen keine Ueberraschung hervorrufen, die die 21 Moskauer Punkte kannten und sich, just vor einem Jahre, energisch gegen diese Sklavenparagrafen gemeldet haben.

Die Reden der kommunistischen Vertreter bei dieser Angelegenheit waren für die Rechtsparteien ein gefuchter Happen. Den Abgeordneten, die vor der Strafverfolgung geschützt werden sollen, haben sie lediglich geschadet. Soviel Tölpelhaftigkeit und Ungeheuerlichkeit kommt selten auf einmal zusammen. Ueberhaupt leistet sich die kommunistische Landtagsfraktion in der letzten Zeit so viele Scherzen, daß man nur politische Beschränktheit als Widerungsgrund geltend machen kann. So beantragte die kommunistische Fraktion, für die Opfer des Oppauer Unglücks 5 Millionen Mark zu bewilligen. Die Forderung ist an sich eine Selbstverständlichkeit, aber die Kommunisten glaubten, einen besonders klugen Schachzug zu machen und stellten deshalb zugleich das Verlangen, die geforderten 5 Millionen vom Etat der Schutzpolizei zu streichen. Ein weiterer Antrag verlangte 20 Millionen Mark zur Wilerdung des russischen Elends; auch diese Summe soll dem Etat der Schutzpolizei abgezogen werden.

Es ist selbstverständlich, daß die Anträge in dieser Form keine Mehrheit finden können. Es werden da zwei Dinge zusammengeklappt, die miteinander nichts zu tun haben. Daß der Etat der Schutzpolizei zu hoch ist, steht außer jedem Zweifel. Aber was um Himmels willen hat der Etat der Schutzpolizei mit dem russischen Hunger und dem Oppauer Unglück zu tun? Es könnte manchmal scheinen, als treibe in der kommunistischen Landtagsfraktion ein Pud sein Unwesen, dem es darauf ankommt, die Fraktion zu blamieren. Wenn früher August Bebel den Antisemitismus als den Sozialismus der dummen Kerle bezeichnet hat, so könnte man heute auf Grund dieser und anderer Borkommnisse den deutschen Kommunismus als den Sozialismus der dummen Kerle bezeichnen.

Die Vermissten der Armen

Ein Ruffschrei der Invaliden und Witwen

Der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands hat folgenden Hilferuf an die Reichsregierung gerichtet:

Die Arbeitslosen, Invaliden- und Altersrentner, Unfallverletzte, Armenunterstützungsempfänger, Geburtskrüppel und ihre Angehörigen sind durch die neue Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsmittel in einen Zustand der Verelendung gebracht, der nicht mehr übertrieben werden kann. Körperlich im harten Ringen erschöpft, dauernd schwer leidend, zum großen Teil völlig erwerbsunfähig, stehen Unzählige vor dem Nichts, sie sind außerstande, die nötigen Mittel zur Beschaffung von Brot, Kartoffeln, Kohlen, Kleidung usw. aufzubringen. An Renten infl. Weissen und Zulagen erhalten: 1.800.000 Invaliden- und Altersrentner im Durchschnitt pro Tag circa 2,90 Mark, 1.200.000 Waisen pro Tag circa 1,10 Mark, 900.000 Unfallverletzte im Durchschnitt pro Tag circa 1 Mark.

Reichsmittel werden außerhalb dieser festgesetzten Renten als ergänzende Fürsorgeleistungen nicht gegeben. Auf dem Wege der Armenfürsorge sollen die Gemeinden helfen, und hier werden Unterstellungen gemährt, die unter Anrechnung der Renten durchschnittlich 150 Mark pro Monat im Reich nicht übersteigen.

Erwerbslosenunterstützungen sind den Invalidentrentnern usw. reichsgehehlich verweigert, da diese Kreise als nicht mehr auf dem freien Arbeitsmarkt vermittelungsfähig betrachtet werden. Verzweifelt bemühen sich noch zum Teil erwerbsfähige Invaliden um die wenig frei werdenden passenden Arbeitsgelegenheiten für Erwerbsbeschränkte; die Regelung der Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte liegt völlig im armen.

Was sollen alle diese unglücklichen Menschen in dieser entsetzlichen Lebenslage beginnen? Es sind zu einem großen Teil alte Väter und Mütter, Arbeitsobermannen, die ihr ganzes Leben lang in harter Arbeit gestanden haben, es sind Volksgenossen im besten Menschenalter, die auf dem Schlauffelde der Arbeit verunglückt, beschädigt oder durch lang andauernde Krankheiten körperlich sehr geschwächt sind, es sind Familien, denen der Ernährer durch Unglücksfälle oder Krankheiten entzogen wurde. Zu der schweren körperlichen Not all dieser Menschen ist die schlimmste wirtschaftliche Not hinzugekommen. Kraft- und wehrlos liegen sie am Boden und sind auf die Hilfsmittel des Reiches, der Gemeinden und auch der Gemeinden angewiesen.

Wir appellieren an Menschlichkeit und Gewissen und rufen im Namen dieser Leidenden und Schwachen, als Vertreter ihrer Einheitsorganisation ganz Deutschlands, die Reichsregierung, die Parlamente und alle sozialführenden Volksgenossen auf, unverzüglich dem Untergang vieler Hunderttausender entgegenzukommen. Der Winter ist im Anzuge, alle Worte der Sympathie und des Wohlwollens nützen diesen Hilflosen nichts, es

muß sofort gehandelt werden. Deshalb ersuchen wir die Reichsregierung, die Wünsche und Forderungen dieser Kreise, der Allerärmsten unseres Volkes, entgegenzunehmen und über sofort einzuleitende Hilfsmagnahmen: ausreichende Rentenerhöhung, Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte, Verbesserung der ergänzenden Fürsorge, Bildung eines Reichsausschusses für Invaliden usw., mit uns zu verhandeln.

Wir sehen, wie auf der einen Seite von unserm Volke Milliardengewinne erzielt werden, ein unerhörter Luxus sich breitmacht, wie eine Ueberflut von Genüssen und Vergnügungen vorhanden ist, wie geschlemmt und gepfeift wird, und wie können nicht einsehen weshalb auf der anderen Seite große Teile unseres Volkes unschuldig auf die elendste Weise dahinsinken und zugrunde gehen sollen."

Als im Reichstage die Verteuerung des Brotgetreides beschlossen wurde, sah die U.S.P.D. voraus, daß gerade die Ärmsten der Armen, die Invaliden, Witwen und Rentenermpfänger, durch die Verteuerung in namenloses Elend geraten würden. Unsere Reichstagsfraktion stellte deshalb den Antrag, die Bezüge der Rentenermpfänger in einer der Verteuerung entsprechenden Weise zu erhöhen. Dieser Antrag wurde von allen bürgerlichen Parteien einmütig abgelehnt. Es denigte den bürgerlichen Vertretern, den immittelbaren Magen der Agrarier zu füllen, das Elend der Ärmsten ließ sie kalt.

Mit Glanz hereingefallen!

Die bürgerliche Presse und der Kellnerstreik

Im „Acht-Uhr-Abendblatt“ war gestern unter der Ueberschrift „Der Streik im Gastwirtsgerwebe, Messerkecherei bei Hehler“ folgendes zu lesen:

Im Laufe des heutigen Nachmittags spielte sich im Hotel Hehler in der Kanistraße eine aufregende Szene ab. Ein Streiktrupp Streikender, deren Namen infolge der allgemeinen Aufrührung nicht festgelegt werden konnten, drang in das Hotel ein, besetzte das Vestibul, zerstörte, als der Inhaber des Hotels die Polizei zum Schutze herbeirufen wollte, das Telefon, so daß es gebrauchsunfähig wurde, und erging sich in wüsten Beschimpfungen gegen die anwesenden Gäste. Es kam zu einer allgemeinen Prügelei. Der Geschäftsführer des Hotel Hehler mißachte sich zwischen die streikenden Parteien und versuchte Ordnung zu schaffen. Einer der Gäste des Hotels, ein schwerwundiger Kriegsbeschädigter, zog, als er sich allzusehr bedrängt sah, ein Messer und warf sich auf den Geschäftsführer, den er für einen der Eindringlinge hielt. Er verletzten den Geschäftsführer durch mehrere Stiche am Kopf so schwer, daß der Gestroffene blutüberströmt zu Boden sank. Die eingedrungenen Streikenden suchten schleunigst das Weite. In einer Reihe von Betrieben ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Die sozialistische Presse hat in den letzten Tagen wiederholt festgestellt, daß die bürgerliche Presse in der Frage des Gastwirtsgehilfenstreiks sich nicht nur auf die Seite der Unternehmer stellt, sondern in einer ganz unerhörten Weise den Kampf der Arbeitnehmer im Gastwirtsgerwebe mit den niedrigsten Verleumdungen herabzuwürdigen sucht. Die Frucht dieser bürgerlichen Hehe ist ein sehr erfreuliches Ereignis: Wiederholt haben Hunderte von Streikenden, die gesehen haben, wie sich die bürgerliche Presse beständig gegen ihre Lebensinteressen richtet, diese Organe kurzerhand abbestellt. Um aber einmal festzustellen, wie die bürgerliche Presse bei der Aufnahme entstehender Behauptungen und Verleumdungen verfährt, haben eine Anzahl Streikende beschlossen, einem bürgerlichen Organ, einen frei erfundenen Bericht zuzuführen. Man hat dem „Acht-Uhr-Abendblatt“, das sich ebenso wie die Arbeiterpresse ganz besonders in den Dienst der Hehe gegen den Streik gestellt hat, den oben wiedergegebenen Bericht telephonisch übermittelt.

Wir haben — obwohl wir wußten, welchen Ursprungs diese Meldung war und welchen Zweck sie verfolgte — uns sofort mit dem Hotel Hehler in Verbindung gesetzt und haben auch von dort erfahren, daß die Mitteilung von A bis Z erfunden sei. Es herrschte bei der Geschäftsleitung des Hotels beste Empörung, daß das „Acht-Uhr-Abendblatt“ die Meldung, ohne bei ihr anzufragen, kritillos nachgedruckt habe. Es ist wohl kaum noch nötig, die streikenden Gastwirtsgehilfen darauf hinzuweisen, daß die übrigen gegen sie gerichteten Meldungen der bürgerlichen Presse ebenso struppellos aufgenommen worden sind. Die Angeklachten haben eine wirksame Hilfe in ihrem Kampfe lediglich von der Arbeiterpresse zu erwarten.

Gestern nachmittag fand eine große Protestversammlung der streikenden Gastwirtsgehilfen im Lustgarten statt, an der etwa 25.000 Personen teilnahmen. Der allgemeine Protest der Versammelten richtete sich gegen die Haltung der bürgerlichen Presse. Es waren Plakate sichtbar, auf denen die Empörung der Streikenden zum Ausdruck gebracht war. Nach Schluß der würdig verlaufenen Demonstration bildeten sich einzelne Züge von solchen Streikenden, die noch Abonnenten der bürgerlichen Presse waren und die nun geschlossen zu den großen Zeitungspalästen von Scherl, Wiese und Ullstein hinzogen, um insgesamt die bürgerlichen Zeitungen abzubestellen.

Das soziale Empfinden und die Loyalität der Unternehmer kennzeichnet sich noch besonders durch ihr Verhalten in der Frage der Notstandsarbeiten. Die Streikleitung hatte dem Ersuchen, Arbeitskräfte für Notstandsarbeiten freizugeben, entsprochen und eine Anzahl Streikender, besonders Kriegsbeschädigter, für diese Aufgaben den Unternehmern zur Verfügung gestellt. Statt nun ihrerseits, als besonders interessiert an den Notstandsarbeiten, die Regelung dieser Frage zu fördern, erwarten das die Unternehmer, indem sie die von der Streikleitung gefundenen Kollegen, darunter sogar Kriegsbeschädigte, die angeblich die Arbeiten nicht leisten könnten, zurückweisen.

Keine Ueberstunden dem Bankkapital

Öffentliche Versammlung der Bankangestellten

Eine vom Allgemeinen Verband der Bankangestellten am Freitag, die einen außerordentlich starken Besuch aufzuweisen hatte, nahm unter stürmischem Beifall zwei Referate von Emonts und Marx über Verteuerung und Wirtschaftsbefehle entgegen. Ohne Diskussion wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die auf Einladung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten am 7. Oktober zu Taufenden versammelten Bankangestellten Groß-Berlins richteten an alle Kollegen in Berlin und im Reich die Aufforderung, unter Führung der Arbeitnehmerorganisationen des Reichstagsparlamentes strikte Disziplin und Solidarität in den kommenden Tagen zu beibehalten. Die Versammlung fordert den Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten und den Deutschen Bankbeamtenverein auf, falls der Reichsoberverband der Bankleistungen kein ausreichendes Entgegenkommen zeigt, von leiten der Organisationen sofort die Forderung im ganzen Reich auszugeben: Keine Stunde! Keine Arbeit mehr dem Bankkapital zu leisten, bis unserer Notlage Rechnung getragen ist!“

Die Ursachen der Finanznot Großberlins

Die Erklärung des Rämmerers

Bei der Beratung der Vorlage über den Verkauf der 50 Städtungshäuser in Lindenhof gab der Rämmerer Dr. Karbing folgende Erklärung ab:

„Pflichtgemäß muß ich darauf aufmerksam machen, daß nach der bedenklichen Annahme der Lohnerhöhungen Berlin an Kredit verloren hat. Es stellte sich sofort als schmerzhaft heraus, die erforderlichen Tageskredite zu beschaffen. Darüber hinaus traten unerwünschte Darlehensbedingungen ein, die neue Schwierigkeiten hervorriefen. (Verhaftes Hör-Hör.) Pflichtgemäß habe ich weiter zu erklären, daß ich bei Nichterledigung der Deckungsvorlage nicht versprechen kann, daß die Stadt im laufenden Bierzehnjahr ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen wird.“

Am gleichen Sitzungstage sollte nach der Vorlage über die Deckung der durch die Teuerungszuschläge entstandenen Mehrausgaben verhandelt werden. Das gesamte Bürgerium sucht es heute, um seine Schuld an den gegenwärtigen Finanzverhältnissen Berlins zu verdeutlichen, so darzustellen, als sei durch die Vornahme des Erwerbslosenanspruches in der letzten Sitzung die Erledigung der Deckungsfrage verhindert worden. In Wirklichkeit haben bereits am Anfang der Sitzung die Bürgerlichen unter der Führung des Herrn von Egnern die Tagesordnung umzuwerfen versucht und haben dies Vorhaben damit begründet, die gegenwärtig tagende Versammlung habe nicht mehr die erforderliche Autorität, um wichtige Beschlüsse zu fassen. Nun, man kann diese bürgerliche Redensart zurückgeben: Woher sollte dann — nach Ansicht der Volkspartei — die Stadtverordnetenversammlung plötzlich die Autorität gewinnen, durch Beschluß über die Deckungsfrage den Kredit Berlins wiederherzustellen?

Im Zusammenhang mit der wiedergegebenen Erklärung gewinnen aber die Ausführungen besonderes Interesse, die der Rämmerer Dr. Karbing in der gestrigen Abendausgabe des „Berliner Tageblatts“ macht. Der Artikel Dr. Karbing's ist eine einzige Rechtfertigung der sozialistischen Auffassung über die Ursachen der Finanznot Berlins. Wir zitieren zum Beweise dessen folgende beachtenswerten Sätze:

„Das Reich hat den Gemeinden für 1920 einen bestimmten Betrag aus der Reichseinkommensteuer garantiert. Obwohl jedermann weiß, daß die Ausgaben 1921 gegenüber dem Vorjahre um etwa ein Fünftel bis ein Viertel gestiegen sind, macht niemand Miene, den Gemeinden 1921 einen entsprechenden höheren Anteil an der Einkommensteuer zuzuwenden.“

Man hatte sie auf neue Steuern verwiesen, aber es ist bekannt, wie außerordentlich schwer es ihnen gemacht wird, solchen neuen Steuern eine Form zu geben, die sie wirklich erträglich macht. Man hat es sogar fertig gebracht, ihnen Steuern wieder fortzunehmen, mit denen die Gemeinden ihren Haushalt ausgeglichen hatten, noch ehe sie eingezogen werden konnten. Die Gemeinden warten heute noch auf die Entschädigung für diese Wiederentziehung der Gemeindeabgabe vom reichsteuerfreien Einkommen.

Wenn Reich und Staat den Gemeinden die Bewegungsfreiheit nehmen, so müssen sie ihnen an den fürs Ganze stehenden Steuerquellen einen solchen Anteil einräumen, daß sie wenigstens notdürftig weiterleben können.“

Eine bessere Rechtfertigung unserer Anschauungen ist nicht zu denken. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat festgestellt, daß das Reich den Gemeinden zu geringen Anteilen an den Steuereinnahmen gibt — Herr Rämmerer Karbing behauptet es. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat von jeher die Bevormundung der Gemeinden in der Erschließung neuer Steuerquellen bekämpft und das schematische „Selbstverwaltungsrecht“ der Gemeinden kritisiert — Herr Rämmerer Karbing bestätigt unsere Auffassung.

In demselben Berliner Tageblatt, in dem die vorstehenden Sätze abgedruckt sind, machte sich am 4. September der Demokrat Dr. Michaelis über die selbstverständliche Forderung an das Reich, den Gemeinden mehr Bewegungsfreiheit zu geben, lustig, die in der „Freiheit“ erhoben worden war. Jetzt muß sich Herr

Dr. Michaelis und mit ihm das gesamte „fachverständige“ Bürgerium vom Berliner Rämmerer darüber belehren lassen, daß — die sozialistische Auffassung, die Forderung der Unabhängigen Sozialdemokratie, der einzig mögliche Standpunkt ist! Das merke man sich für den 16. Oktober!

Bürgerliche Miswirtschaft Die Verschleuderung städtischer Gelder

Das beliebteste Argument der bürgerlichen Gegner im Stadtverordnetenwahlkampf ist die Behauptung, die sozialistische Mehrheit habe die finanziellen Schwierigkeiten der Einheitsgemeinde verschuldet. Bei jeder Erhöhung der Arbeiterlöhne, die noch nie in dem Maße erfolgt ist, in dem sie entsprechend der Teuerung hätte erfolgen müssen, steht der ganze Chor der widerwärtigen bürgerlichen Heuchler auf und stimmt einen lauten Entrüstungschor an, daß die Finanzen der Stadt keine Lohnerhöhungen mehr ertragen könnten. Gegenüber diesem schwindelhaften Wahlmanöver des knurrenden Bürgeriums sei einmal festgestellt, wie ausgezeichnet es die Angehörigen dieser am Gemeinwohl so interessierten Scheinenden Kreise verstehen, sich aus den Mitteln der Steuerzahler zu bereichern. Reine der so berechtigten Lohnerhöhungen der Arbeiter und Angestellten läßt sich auch nur entfernt mit der Verschleuderung städtischer Gelder für die höheren Beamten vergleichen.

Während denjenigen städtischen Arbeitern und Angestellten, die infolge des notwendigen Abbaues der Kriegseinrichtungen und aus anderen Gründen entlassen werden müssen, lediglich ein geringes Abfertigungsgeld bezahlt wird, erfahren die höheren Beamten, die aus dem städtischen Dienst ausgeschieden sind, ganz andere Rücksichten. Die bürgerlichen Parteien der Preussischen Landesversammlung haben dafür gesorgt, daß die ausscheidenden höheren städtischen Beamten Berlins nicht etwa in die fürchterliche Lage kommen, Erwerbslosenunterstützung beziehen zu müssen. Durch das Sperrgesetz vom 21. Februar 1920 haben diese Beamten den Rechtsanspruch darauf, auf Jahre hinaus ihr volles Gehalt ohne jede Dienstleistung von der Gemeinde zu erhalten. Die höheren Beamten bekommen ihre vollen Bezüge auch dann, wenn sie inzwischen in eine andere bezahlte Stellung eingetreten sind, so daß die Weiterzahlung ein durch nichts berechtigtes Geschenk der Gemeinde an die höheren Beamten darstellt. Wie sich das praktisch auswirkt, sei an zwei Fällen dargelegt:

Aus dem früheren Magistrat Spandau ist der Stadtbaurat Elkart ausgeschieden. Er erhält nach wie vor sein Gehalt als Stadtbaurat, obwohl er inzwischen bei den Märkischen Heimstätten mit 60 000 M. Gehalt angestellt ist. Ferner ist der frühere Magistratsrat Hamburger jetzt bei der A. E. G. mit einem hohen Gehalt angestellt, gleichwohl bezieht er sein früheres Dienst-einkommen von der Stadt nach wie vor. Damit noch nicht genug, erhalten diese Leute auch noch auf die weitergezählten Dienst-einkommen diejenigen Teuerungszuschläge, die jetzt allen dienst-tuenden städtischen Beamten bewilligt werden.

Die bürgerlichen Parteien hätten alle Ursache, sich mit der von ihnen erzeugten finanziellen Miswirtschaft zu beschäftigen. Ihre Parteiführer, die als „Fachleute“ sehr genau wissen, wie schwierig die finanzielle Lage der Einheitsgemeinde ist, schämen sich nicht, doppelte Gehälter zu beziehen, und von der Stadt, der sie nichts mehr leisten, sich ein jährliches Geschenk von einigen 60 000 oder 70 000 Mark machen zu lassen. Wer dafür ist, daß diese bürgerliche Miswirtschaft, die die finanzielle Gestalt der Einheits-gemeinde verhindert, beseitigt wird, der muß dafür eintreten, daß am 16. Oktober im Roten Hause eine sozialistische Mehrheit einzieht. Die wird allerdings dafür sorgen, daß diese bürgerliche Finanzgebarung, die nur in dem Wirtschaften aus öffentlichen Mitteln in die eigene Tasche besteht, gründlichst ausgeräumt wird. Wir fordern gleiches Recht für Beamte, Angestellte und Arbeiter und sind die entschiedensten Gegner einer derartigen ungeheuerlichen Bevorzugung der höheren

Beamten, deren Schamlosigkeit in der Ausbeutung der Stadt angesichts ihrer Finanzlage nicht mehr überboten werden kann. Wer mit uns dieser Meinung ist, der gebe seine Stimme der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Berlins Hafenanlagen

Ein mustergültiger, kommunaler Betrieb

Die Presse hat sich am Anfang dieses Jahres mit unerquicklichen Zuständen auf dem Osthafen beschäftigt. Große Veruntreuungen, zum erheblichen Teil durch höhere Beamte, die sich Vermögen erschoben hatten, waren geradezu zu einem regelmäßigen System geworden. Bei der gestrigen Besichtigung des Ost- und Westhafens durch Vertreter der Berliner Presse konnte unser Genosse Stadtrat Schünning mitteilen, daß es ihm gelungen ist, dieses System bürgerlicher Kriegskorruption zu beseitigen. Darüber hinaus aber ist es der kommunalen Leitung des Osthafens gelungen, diese Anlage rentabel zu gestalten. Obwohl der Osthafen im Gegensatz zum Westhafen nur eine Uferanlage ist, widmet sich doch ein ganz bedeutender Umschlag- und Speicherverkehr dort ab. Zugleich ist es gelungen, die frühere schlechte Organisation der Arbeitskräfte des Betriebes so zu verbessern, daß jetzt bei einer geringeren Angestelltenszahl eine bedeutend erhöhte Arbeitsleistung erreicht worden ist. Der sozialistische Grundsat — im Gegensatz zu dem bürgerlichen Verwaltungsschema — besteht ja doch gerade darin, mit geringerer Zahl von Arbeitskräften die denkbar größte Leistung zu vollbringen, handelt es sich doch besonders bei den Hafenanlagen um Betriebe, die nicht für die Talsache eines Privatkapitalisten arbeiten.

Während im Quartal Juli/September 1920 bei einer Zahl von 303 Arbeitskräften die pro Kopf geleistete Arbeit 487 Tonnen betrug, stieg die Leistung in demselben Quartal dieses Jahres bei einer Zahl von 228 Arbeitskräften auf eine Arbeitsleistung pro Kopf von 970 Tonnen. Es ließ sich aus dem der Presse zur Verfügung gestellten Zahlenmaterial noch mehr anführen, wir wollen es aber bei diesem Beispiel bewenden lassen, an dem man erkennen kann, wie ein kommunaler Betrieb, der unter der Leitung eines unabhängigen Sozialisten steht, sich entwickelt hat. In solchen Tatsachen gesehene am besten die bürgerlichen lügenhaften Behauptungen über die „Unfähigkeit“ der sozialistischen Magistratsmitglieder.

Noch im Entstehen begriffen ist dagegen die mustergültige und großzügige Anlage des Westhafens. Hier wird dem Verkehrsweg für die Verkehrspolitik der Zukunft haben. Es entstehen auf dem riesigen Gelände zwei gewaltige zehnjährige Speicher, Lagerhallen sind bereits fertig, und an technischen Anlagen, die in Berlin ihresgleichen suchen, wird lebhaft gearbeitet.

Der diese Stätten der Arbeit für die Gemeinde betrachtet, in dem festliegt sich der Vorfall, in sozialistischem Sinne für den Aufbau der Einheitsgemeinde Berlin zu einem in jedem Betriebe vorbildlichen Gemeinwesen zu wirken. Für eine solche Kommunalpolitik einzutreten, ist Pflicht der ganzen arbeitenden Bevölkerung. Sie ist die Mehrheit der Berliner Bürgerschaft, und ihre Interessen sind mit dem Schicksal der Gemeinde aufs engste verknüpft. Daran gilt es am 16. Oktober zu denken und alle Stimmen für die Unabhängige Sozialdemokratie zu sichern!

Einwohnerzählung in Berlin

Die nach § 16 der Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz durch die Gemeindebehörde alljährlich vorzunehmende Personenstandsaufnahme erfolgt für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin gemäß Verfügung des Reichsministers der Finanzen nach dem Stande vom 20. Oktober dieses Jahres. In diesem Zwecke werden durch Beauftragte der Bezirksämter sämtlichen Hausbesitzern oder deren Vertretern die erforderlichen Vordrucke vorher zugestellt. Die Abholung der ausgefüllten Vordrucke erfolgt ebenfalls durch Beauftragte der Bezirksämter vom 22. Oktober d. J. ab. Bezüglich der Ausfüllung der Vordrucke wird auf die ihnen vorgebrachten Bestimmungen hingewiesen. Der Verpflichtung zur gehörigen Ausfüllung der Wohnungszettel und Hauslisten, die erforderlichenfalls durch die geschlichen Strafen aus § 202 Reichs-abgabenordnung erzwungen werden kann, beruht auf § 167 Reichs-abgabenordnung.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

„Nimm's doch ordentlich,“ rief ihm Rätchen geblöckelnd zu, da sah sie die Wunde.

„Wasser! Wasser!“ freischte sie und lief sinnlos in der Stube umher und wollte Peter zuletzt das Kind entweihen.

„Laß deine Hände weg!“ keuchte Peter und schritt durch das Zimmer und den Gang. Er brach fast zusammen, so schwer ersah ihm der kleine Körper; er taumelte, als er ihn durch den tiefen Schnee zum Brunnen trug. Das Lechzen der halb-eingefrorenen Pumpe ging dem Manne durch Mark und Bein. Er wusch die Wunde, er rieb den Leib mit Schnee, er legte seinen Mund auf den des Kindes, um ihm Atem ein-zuhauchen — es mußte, mußte wieder Leben bekommen! Aber der kleine Körper wurde immer starrer, immer kälter — ihn sagte ein stummes Entsetzen vor der leblosen Masse in seinen Armen — einen Augenblick war er daran, das Kind in den Schnee zu werfen und fortzuschleppen. Da glaubte er in den kleinen Gliedern zu spüren, keuchend stürzte er ins Obergeschoß, griff nach der Flasche und goß dem Kind Branntwein zwischen die Zähne — nichts.

Mit einem Wutschrei schlug er die Türe zu, daß die Frau, die mit unterdrücktem Heulen gelauert hatte, die Stiege hinabfloß.

Der Kiesel knarrte; er hatte sich mit der Leiche eingeschlossen. Totenstille im Hause.

Als die Dämmerung kam, wurde ein Schluchzen vor der Türe Peters laut, und seine Frau winselte: „Mach auf!“ — Keine Antwort. „Ich bin doch die Mutter!“ — Nichts rührte sich.

Da begann sie zu klopfen, erst leise, dann immer lauter, zuletzt schlug das Weib verzweifelt mit den Fäusten darauf los, und schrie und bettelte, daß ihr Geschrei in seine graue Stille drang:

„Ja, ja ich war's, ich bin schuld, ich geh' zum Pfarrer, ich geh' zur Polizei — oder du, geh' du, laß mich holen, ich hab's verdient, nur red', sag was!“ Dann fing sie mit Verwünschungen an, und ihn und das Leben verwünschte sie, und ihre heftige Stimme klang schrill durch das Haus. Möglichst hand Peter auf der Schwelle seines Zimmers. Im weiten Mantel war er, und unter dem Mantel trug er etwas.

Rätchen hing sich winselnd an ihn, er aber stieß sie mit dem Fuße weg.

Ein scharfer Wind hatte sich aufgemacht und trieb den Schnee in harten Stößen gegen ihn. Wo der Sturm freies Spiel hatte, türmten sich hohe, weiße Hügel auf.

Der Mann kam nur mit Anstrengung vorwärts, er war nur aufs Weiterkommen bedacht. Was er unterm Mantel trug, trug er wie eine andere Last, und es drückte ihn wie eine andere Bürde. Auf einmal fiel sie ihm. Mit einem Klack raffte er das Entfallene wieder auf. Jetzt war er im Wald. Ueber ihm knarrten die Wipfel, und in schwerem Fall sanken Schneemassen von den überlasteten Zweigen. Es war, als sei der Wald lebendig geworden und achte des Mannes Not. Er fand kaum Atem genug, bei den Windstößen und der großen Arbeit, vorwärts zu kommen. Er sank ein und arbeitete sich wieder heraus; halb liegend nur, konnte er sich manchmal weiter schieben und mußte oft mit peisendem Atem, auf dem Schnee ausgestreckt, warten, bis er wieder Kraft gefunden. Und über ihm schrie der Sturm sein Freiheitslied und zauste die Bäume, daß sie sich wanden und bogen und krachend aneinander rieben. Das war sein Wald, der ihn höhnte, und der ihm so fremd erschien in der weißen Sturmnacht? Wo war denn die Mutter, die er so lange schon suchte? Die Empörung trieb ihn hoch, und er schob das Bündel vor sich her, den Hang hinauf. Da war's, nun konnte er die Last ablegen; ein paar Minuten blieb er stehen; dann begann ein hastiges Graben im Schnee; es wurde eine tiefe Grube, schwarz in all dem Weiß und in dem Schwarz die Leiche im weißen Hemdchen. Wie er den kleinen Toten so bloß in der Kälte drunten liegen sah, riß er sich den Mantel herunter, stieg in das Grab und wickelte ihn hinein. Dann warf er mit Hast Scholle um Scholle hinab, um nur schnell alles zuzudecken und fortzukommen von all dem Grauen; auf einmal schlug's ihn hin wie vom Winde gefaßt, und er blieb mit ausgestreckten Armen auf den Schollen liegen.

Als er heimkam, lauerte die Frau vor seiner Schwelle, wie er sie verlassen, und begann ihr Winseln wieder. Er schaute sie nur an, und sein Blick zwang sie, aufzusehen und rückwärts zu gehen, bis sie förmlich vor ihm flüchtete und in Todesangst den Kiesel ihres Zimmers vorstob. Und das sah noch in ihr all die nächsten Tage. Sie getraute sich nicht zu rühren, sie wagte sich nicht an seine verschlossene Tür, um ihm Nahrung anzubieten. Vor seinen wilden Augen, wenn er einmal zur Tür heraus trat, schlüchtete sie sich in den hintersten Winkel, und sah dort, verschüchelt und verflört.

In dem toten Hause, um das der Schnee getürmt war, lebten sie wie im Grab. Die Uhr stand still; sie mußten keine Zeit mehr. Das Feuer erlosch, ohne daß sie sich rührten, es

anzugländen. Sie knusperten an harten Brotkrumen und gingen wie Diebe in dem großen hallenden Hause umher und suchten sich Nahrung, eines sich vor dem andern verbergend, eines die Nahrung vor dem andern verbergend.

Peter sah hier, ungekämmt und ungewaschen stundenlang in einem Winkel, und Rätchen lag meistens im Bett, von Frost und Elend geschüttelt.

Sie schlüch umher und warteten auf etwas, das kommen mußte, das sie übersallen und an sich reißen mußte.

Und eines Spätnachmittags brach's aus. Das kam daher wie ein Unwetter, ein jäher, wilder Sturm.

Hatte Rätchen den Namen Eugenie ausgesprochen; hatte er geträumt, ihn im Fieberwahn zu hören vermeint?

Aufgerichtet stand er plötzlich vor seiner Frau, und seine Augen drängten das Weib aus der Stube, über den Flur, zur Haustür hinaus, über den Hof, über die Straße, allmählich bergan, in den Schnee, in den Wald.

„Verstoh mich nicht,“ winselte Rätchen, „laß mich bei dir bleiben; alles will ich tun für dich; ich werde schlecht ohne dich!“ Aber Peter deutete nur gebieterisch vorwärts.

„Es war ja auch mein Kind, und ich trage Schmerz und Elend“ —

Rätchen sank auf die Knie vor ihm und streckte die Hände nach ihm aus.

Aber er blieb der Feste, der Raste, Eisernen, Fremde und Unnahbare für sie. Mit seinem gebieterischen Willen stieß er sie vorwärts; er blieb hinter ihr, bis sie die ersten Wald-bäume erreicht hatte.

Oben blieb Peter regungslos stehen. Er erschien Rätchen riesengroß, und als sei er zu Stein erstarrt im Frost. Es zog sie zurück zu ihm; sie wendete sich, sie machte eine Bewegung, als wolle sie sich ihm vor die Füße werfen: „Tritt mich, mißhandle mich, schlage mich zum Krüppel, aber laß mich bei dir sein, denn jetzt liebe ich dich erst.“ Doch seine Augen schidten ihr Befehle nach, und sie floß weinend vor diesen unerbittlichen Augen.

Eine Welle stand Peter noch oben und sah der Fliehenden nach. Dann machte er Kehrt. Sein Körper reckte sich, als schüttle er eine Last ab. Er öffnete den Rock und ließ sich den eisalten Wind in die Brust wehen. Das war, als nehme er ein Bad der Stärke und der Kraft. Jetzt fürchtete er nichts mehr, nichts konnte ihn mehr schwächen; er hatte sich wiedergefunden. Hoch aufgerichtet, sicher, ein neuer, befreiter Mensch schritt er seinem Hause zu, und herrlich trat er auf die Schwelle, und herrlich umfaßte er den Türpfosten, als wolle er sagen: „Jetzt halt ich dich und lasse dich nie mehr.“ Als Herr trat er ein in den Felsenbrunner Hof.



Die schaffende Frau

Beilage für Belehrung / Erziehung / Unterhaltung



Mein Schwur

Kein Gott im Himmel wird dich retten,
Kein Herrscher tritt für dich ins Feld.
Brich selbst, Volk der Arbeit, deine Ketten,
Erlöse, beglücke die Welt!
Schirm vor Dieben deine Schenker,
Dem Herker entresse den Geist.
Wir selbst entflammen unser Feuer,
Und hämmern das Eisen wenn's gleicht.

Sie krügen, drücken ohnegleichen,
Erpreßtes Blut des Volks verrinnt.
Keine Pflichten zügeln den Reichen,
Doch uns ist das Recht leerer Wind,
Hinter, dies erzwingne Verächten,
Nicht Herr sei fürder und Anecht!
Kein Recht soll gelten ohne Pflichten
Und gleich sei den Pflichten das Recht!

Etwas über den religiösen Glauben

Gewiß haben jene recht, welche sagen, daß viele Erwachsene sich nur mit Schmerzen vom Konfessionsglauben losreißen können. Das ist aber kein Grund, deshalb unsere Jugend in den gleichen religiösen Prinzipien aufzuwachen zu lassen. Denn Sozialisten anerkennen auf keinen Fall das kirchliche Dogma, wenn wir auch vor der inneren Religiosität eines Menschen Achtung empfinden.

Darf ich ein kleines Beispiel aus dem Leben bieten?

Ich war an einem schönen Sommertage vor einem Waldteich gelandet, wo jung und alt sich im kühlen Wasser erfrischte und das fröhliche Spiel und bunte Treiben des Familienbades die Zuschauer lockte. Ich sah, wie der Schwimmlehrer, ein älterer, freundlicher Mann, eines der Kinder nach dem andern an den Schwimmgürtel befestigte und mit erklärenden Ermahnungen und Belehrungen sie in der Kunst des Schwimmens unterwies. Das Schauspiel war vergnüglich und interessant. Viele Menschen sahen zu, die Kinder jubelten und die Sonne lachte und spiegelte sich im klaren Wasser des Waldteiches, dessen Ufer von Birken und Fichten bekrönt waren.

Einige der Kinder waren sehr ängstlich und wollten um keinen Preis ohne den festen Halt des Schwimmlehrers einige frische Buge wagen, andere waren mutiger und warfen sich in die glänzende Flut, auch wenn das Wagnis mißlang, sie Wasser schluckten und von der festen Hand des Schwimmlehrers angehalten werden mußten. Und wieder andere hatten gelernt, das nasse Element zu meistern, schwammen lässig und trotzig in das Wasser hinaus, plätscherten lustig mit Händen und Füßen und lachten kleinen Königen gleich des Lehrers und der anderen Kinder, die weniger Mut hatten.

Und hier bei diesem harmlosen Spiel aus dem täglichen Leben traf mich die Erkenntnis wie ein Blitz. Hier sah ich, wie der Glaube an die religiöse Kraft dem Schwimmer abhelft, der den Schwimmgürtel braucht. Das mutige, selbstbewußte, des Schwimmens kundige Kind fühlt sich sicher im Wasser und ertrinkt nicht. Das schwache, ängstliche Kind braucht den Schwimmgürtel, braucht den Halt des Schwimmlehrers genau so wie der ängstliche Mensch nicht auf sich allein vertraut, sondern Anhalt an die Kirche sucht, deren Lehren ihm Stärke und Stab sein sollen. Gewiß möchte ich dem haltlosen Menschen, der den Gottesglauben nötig hat, diesen nicht rauben, so wenig ich ein des Schwimmens unkundiges Kind ins Wasser werfen möchte. Vielleicht wäre diese Methode auch nicht abzulehnen, denn mancher hat schon gerade durch diese rohe Art, einfach Schwimmen lernen zu müssen, weil er sonst ertrinken wäre, Schwimmen gelernt. Aber ich möchte diese Art nicht empfehlen.

Ein anderes Beispiel: Soll ich einem armen Rahmen seinen Stuhl nehmen, den er als Stütze benötigt? Ganz gewiß nicht. Aber ist der freie Gang des selbstbewußten, sicheren Menschen nicht das Ideal?

Ich schließe meinen Bericht mit dem Rate, unsere Kinder ganz ohne Dogma zu erziehen und sie zu lehren, daß die menschliche Hilfe eines unsichtbaren Gottes gerade meistens dort verfehlt, wo sie angebracht wäre. Denn es geschieht viel Unrecht in der Welt, das ein Gott verhindern könnte, wenn er wirklich wäre. Wir schwimmen eher durch die Fährnisse des Lebens, wenn wir die Augen offen halten, als wenn wir betend zu einem unsichtbaren Gott die Hände in den Schoß legen.

Denn wenn der große Strudel des Lebenskampfes, die Ueberzeugungstreue für den echten Sozialisten kommt, so reißt der Scheinglaube eines Gottesglaubens entzwei. Der Schwimmgürtel hält nicht stand, wenn brandende Wogen den Schwimmer bedrohen. Nur der freie Schwimmer hält sich oben. Und dieser freie Schwimmer ist unser Ideal und das Ziel für unsere Jugendberziehung.

Limbo Rörer.

Die Räterepublik im Himmel

Von Germania zur Mühlen

Der liebe Gott war schlechter Name. Er schenkte einem Blitz nach dem andern auf die Erde hinab, schrie die Engel an, sieh keinen der Heiligen, die ihn besuchen wollten, vor. Im Himmel herrschte eine gedrückte Stimmung. Die vier Evangelisten sahen zitternd in ihren Redaktionen, prüften und überprüften jede Nummer ihrer Zeitungen wohl an dem heiligen Petrus, der ein eifriger Zeitungsleser ist, über die Massen; er wandte sich an den Heiland und sprach: „Das kann so nicht weitergehen. Wegib du dich zum Vater, lieber Meister, und erkunde, was geschehen ist.“

Der Heiland nickte dem Alten gütig zu und begab sich, ohne anzuklopfen, in das Gemach der Herrlichkeit, wo der liebe Gott in all seiner Glorie äußerst verdrossen thronte. Der liebe Gott blickte seinen Sohn ärgerlich an, doch wagte er nicht, sich an ihm seinen Zorn auszulassen, denn er

Unser Modenteil

Das Kleid Fig. 235 setzt sich zusammen aus einem dunklen gerodesechnittenen Rock und einer sehr schönen Bluse mit einfacher Stickerei. Material, z. B. für den Rock dunkelblauer Cheviot, für die Bluse heller Wollstoff. Der Schnitt und die Vorlage für die Stickerei befinden sich auf dem Schnittmusterbogen Nr. 24. Auch das Kleid Fig. 236 ist auf demselben Schnittmusterbogen zu finden. Es hat einen sehr schönen, vornehmen Schnitt und ist mit einfacher Stickerei verziert, keine Dreiecke, die aus zwei Farben Stoffscheibe gebildet werden. Eine Vorlage ist da nicht nötig, man zeichnet sich die Dreiecke, die an der unteren Fläche etwa 4 bis 5 Zentimeter breit sind, skizziert auf und sticht dann zuerst in Plattstich, dann zwei Linien in Stielstich. Man wählt zwei Schattierungen von Käsefärbung in der Farbe des Kleides.

Aus der sozialistischen Frauen- und Modenzeitsung
„Die Schaffende Frau“



Fig. 235
Fig. 236
Rock und Schnittmusterbogen Nr. 24. Nr. 230

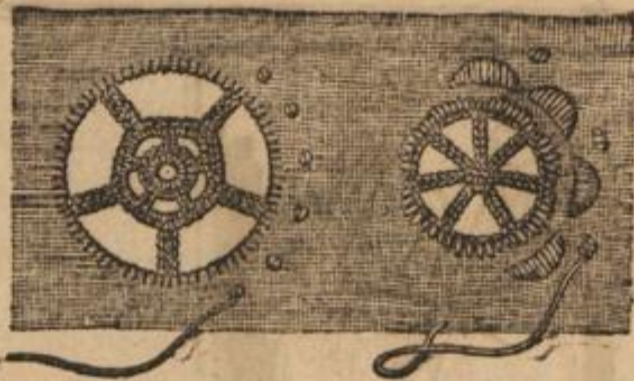


Abb. 1
Abb. 2

Preis des Heftes 1,00 M., mit Schnittmusterbogen 2,50 M.
Porto extra

„Die Schaffende Frau“ ist durch alle Parteibuchhandlungen und Zeitungsaussträger zu beziehen, eventuell direkt durch den Verlag „Die Schaffende Frau“, Dresden-N. 1, Postfach 110. Postfachkonto Dresden 468.

Verlag „Die Schaffende Frau“
(Genossenschafts-Druckerei Gust. Dresden, z. B. u. 1. 5.)
Dresden-N., Kleine Blauenische Gasse 42.

Leichte Handarbeiten zur Zierde unserer Kleider

Zur Herstellung der Spitzenstickfälluna Abb. 1 acht man in folgender Weise vor: Man zeichnet mit einem Silbergebleid die runde Form in der gewünschten Größe auf den Stoff. Dann wird der Stoff auf Wachsstück geklebt, damit er sich beim Sticken nicht verzieht. Nun bezeichnet man die Form mit Nadeln in passender Stärke durch Vorstiche, schneidet den Stoff innerhalb derselben bis auf einen schmalen Rand fort, streicht diesen unter den vorgezogenen Nadeln und umschließt mit Anopflochstichen. Dann wird ein Stern gebildet, der dem runden, bereits mit einem Anopflochstich bezandeten Ausschnitt einwärts wird. Die Ausführung ist so deutlich, daß sich eine besondere Erklärung erübrigt. Außerhalb des Randes werden noch in kurzen, regelmäßigen Abständen Punkte gestickt. Ganz ähnlich ist Abb. 2. Hier ist der Außenrand mit halbmundförmigen kleinen Plattstickereien ausgestattet. Man wendet diese Kerstiche an bei Blusen, Kinderkleidern aus leichtem Wollstoff oder Seide. Eigentlich ist fast jedes Material geeignet, sofern es nicht zu dick ist. Leichtfasern Stoffe, wie Alpaka oder Cheviot sind allerdings nicht empfehlenswert. Zum Sticken nimmt man Bordonnetseide, feines Perlquar, Kunstseide.

empfand große Achtung vor Menschen, die im Leben ihre Ueberzeugung durch die Tat bewiesen haben.

Nach eifriger gleichgültigen Redensarten fragte der Heiland: „Weshalb bist du so verstimmt, mein Vater? In allen Himmelscken stehen weinende Engel, und die Heiligen geben mit beleidigten Mienen einher. Ich fürchte, du wirst dein Volk zur Empörung treiben.“

„Täte ich es doch!“ — rief der liebe Gott, und als ihn der Heiland bestürzt ansah, fuhr er fort: „Verstehst du denn nicht, daß ich zürne? Ueberall auf der Erde erheben sich die Völker, um die Autokratie zu vernichten. Diese Erdklumpen, die Menschen, haben jählings den Geist entdeckt, den ich ihnen einblies und lauschte seinem Wort. Und hier im Himmel muß ich Alleinherrscher sein; die Klügsten und Besten ergeben sich in geduldiger Anechtlichkeit und rufen Hurra, auch wenn ich meine Hofmannen, wenn ich durch die Strohen fahre. Ich will keine Monarchie mehr!“ — brüllte er jählings im höchsten Zorn. „Ich will eine Räterepublik!“

Der Heiland lächelte verstohlen: „Deine Allmacht, mein Vater...“ Doch der liebe Gott schlug mit der Faust auf den goldenen Tisch, daß Jasvis und Chrysolith und Sphazintz mit denen er eingelegt war, aus ihrer Fassung kamen und auf den goldenen Fußböden rollten.

„Meine Allmacht vermag bei denen, die stumpfen Geistes sind, bei den Anechtlichen, den Lakaien-seelen. Ich vermag nicht, den Menschen die Freiheit zu geben, sie müssen sie sich selbst nehmen. Nicht von oben, sondern von unten muß die Bewegung kommen.“ Der liebe Gott lächelte ein wenig boshaft — „Das war auch dein Hauptfehler, die Persönlichkeit für das Wichtigste zu halten und die Massenaktion zu unterschätzen. Schau doch, was deine geliebten Menschen aus deinem Programm gemacht haben!“

Der Heiland, dem diese Anspielung weinlich war, überhörte sie geflissentlich und meinte beschwichtigend: „Ich kann dir sagen, daß im Himmel große Unzufriedenheit herrscht. Versammlungen finden statt, Resolutionen werden gefaßt. Dein Thron ist in Gefahr, mein himmlischer Vater.“

Der liebe Gott schmunzelte. „Ja ja, der Kern des Himmelsvolkes ist gut, aber es ist unbeholfen, ihm ermangelt der Führer.“

„Ich bin gern bereit...“

„Nein, mein Sohn, du meinst es gut, auch dein Programm billige ich, deine Taktik jedoch ist unzulänglich und du kannst nicht organisieren.“

Die Tür hatte sich geöffnet und der heilige Petrus war unbemerkt hereingeklüpfelt; er stand nun auf der Schwelle und lauschte mit gespitzten Ohren.

„Ja, wenn ich etliche gute Organisatoren und Führer hätte!“ seufzte der liebe Gott.

Da rief der heilige Petrus dazwischen: „Herr, wenn es sonst nichts ist! Dein treues Deutschland schickt dir doch seit Monaten die besten Führer herauf; — alle seine Klügsten und edelsten Menschen. Eben wurde mir aus München telephoniert, daß bereits wieder ein neuer unterwegs sei.“

Des lieben Gottes Angesicht beiterete sich auf. „Du hast recht, Petrus. Auf diese Art werden wir im Himmel gar bald die Räterepublik haben.“

„Und Deutschland?“ — fragte der Heiland.

Der liebe Gott zuckte die Achseln.

„Es hat stets Städte gegeben, die den Geist Gottes zurückließen und seine Propheten steinigten und verfolgten. Sieh auf der Landkarte nach, wo das tote Meer liegt...“

Für den Haushalt

Kleine Kartoffelkuchen. Kartoffeln werden weich gekocht und durchgedreht. Zwiebel und ein Stückchen Knoblauch röstet man mit Speckwürfeln hellgelb, rührt sie mit feinem Butter- oder Fleischstückchen, einem Ei, etwas Salz und Muskat, erforderlichenfalls etwas Mehl, in die Kartoffeln. Aus dem gut gemischten Teig formt man kleine runde Kuchen, die in der Eierkuchenspanne zu schöner Farbe gebacken werden. Sie werden am besten mit Salat serviert.

Käsefäls. 100 Gramm Margarine werden mit einem Pfund Mehl, zwei Eiern, einem knappen Teelöffel Salz, ebenfalls Raiton, 125 Gramm geriebenem Käse und soviel Milch und Wasser, wie ein ausrollbarer Teig erfordert, gut verknetet, zu Kugeln ausgeteilt und auf angefeuchtem Blech hellgelb gebacken.

Ratschläge für Touren

Ein Stückchen Sandkäschen bei arthritischen Märschen ist besser als Mahlschalen und Getränke.

Weiteres aus der Schule*)

Der ungläubige Elementarist

In der ersten Schulwoche wird ein Bild aufgehängt, auf dem ein Storch mitabgebildet ist. Der Lehrer sagt: „Das ist der Storch, der die kleinen Kinder bringt.“ Am anderen Tage soll ein kleiner Knabe mit dem Storch alles zeigen und nennen, was auf dem Bilde steht. Er kann es auch sehr gut. Nun kommt er zum Storch. Er sagt:

„Das ist e Storch.“

„Was macht der?“

„Der legt Eier.“

„Was macht er noch?“

Der kleine Schlaumeier sieht den Lehrer schelmisch an und sagt: „Neh wach schob, wos du glosst host, des macht 'r ob'r neit.“

Ein Junge meiner Hülfsklasse hat seit einigen Tagen kläglichen Schnupfen, verzicht aber trotzdem täglich sein Taschentuch. Eines Tages frage ich ihn nach dem Taschentuch; er kottert: „D... das hab ich im a... g... uen Anjal.“ Ich schide ihn heim nach seinem Anjal. Nach der Pause frage ich ihn danach, er hat aber keins und sagt: „Ich hab mit die Nase zu Hause gewischt.“

Der Elefant liefert Willardfugeln.

*) Aus „Spahbügel“, erschienen im Verlage von D. & W. Becker, Dresden.

Gewerkschaftliches

Annahme des Organisationsentwurfs der kommunalen Betriebsräte

Am 6. Oktober tagte eine gutbesuchte Versammlung der Gesamtbetriebsräte der städtischen Werke. Auf Wunsch der Versammlung gab Schwanebed einen kurzen Geschäftsbericht und wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich dem Gesamtbetriebsrat und Zentralbetriebsrat entgegenstellten, da der Magistrat seine Anerkennung dem Zentralbetriebsrat verweigerte. Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, daß auch Vertreter der städtischen Arbeitnehmerchaft in den Deputationen und Ausschüssen mitwirken und Erfolge für die städtischen Arbeiter und Angestellten zu erringen vermöchten.

Zu Punkt 2: Stellungnahme zum Organisationsstatut der kommunalen Betriebsräte der Stadtgemeinde Berlin. Schwanebed den Kampf um die Anerkennung der Betriebsräte und des Zentralbetriebsrates. Seit einem Jahre wird über den Entwurf verhandelt, der die Bildung von Einzelbetriebsräten, Bezirksbetriebsräten, Gesamtbetriebsräten und Zentralbetriebsrat entsprechend den Aufbau der neuen Stadtgemeinde vorsieht. Der Magistrat hat den Entwurf, da er angeblich im Zentralbetriebsrat eine Ueberorganisation darstellt und zuviel Unkosten verursacht, abgelehnt. Endlich hat der Entwurf nach langen Verhandlungen die Zustimmung des Magistrats gefunden und ist damit die Bildung der genannten Räte gesichert. Nach § 4 der Grundzüge ist Entlassung aus Gründen der Wirtschaftlichkeit zuständig. Die bisher bestehenden Arbeitsauslässe kommen in Nothfall, doch sind Sonderauslässe für die Berufsgruppen im Einvernehmen zwischen den zentralen Deputationen bzw. den Bezirksämtern und dem Magistrat sowie dem Hauptbetriebsrat zu bilden. § 7 sieht die Regelung der Entlassung der Betriebsräte vor. Der vorliegende Entwurf erfüllt nicht alle Wünsche, doch empfahl der Referent die Annahme, um endlich eine Regelung zu erzielen.

In der Debatte wandten sich die Straßenbahner gegen den Entwurf, der nach ihrer Auffassung eine Verschlechterung bedeutet. Die Angriffe des Kommunisten Südlow gegen Gen. Deitmann in der Frage der Entlassungen, konnten von ihm glänzend widerlegt werden.

Nach kurzem Schlußwort des Referenten fand das Organisationsstatut der kommunalen Betriebsräte mit übergroßer Majorität Annahme. Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Versammlung vertagt.

Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter

In der am 2. ds. Mts. stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter gab Schmidt einen kurzen Geschäftsbericht unter Hinweis auf die Veröffentlichung der Kassenabrechnung in Nr. 39 der Wochenbeilage. Ohne Diskussion wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt.

Genosse Ziska begründete dann folgenden Antrag, betreffs Wahrung des Ortsstatuts: Im § 7 Absatz 2 hinter dem Satz zur Wahl der Delegierten ist eine absolute Mehrheit der in der Wahlkörperversammlung anwesenden Mitglieder notwendig" soll eingefügt werden. Eine Wahl kann jedoch nur vorgenommen werden, wenn mindestens 10 Prozent der in Frage kommenden Wahlberechtigten des Wahlkörpers anwesend sind. Wird diese Zahl nicht erreicht, so ist eine neue Wahlkörperversammlung einzuberufen, und falls auch da nicht die erforderlichen Wähler anwesend sind, begibt sich der Wahlkörper seines Rechtes, auf der Generalversammlung vertreten zu sein.

Nach eingehender Aussprache und dem Schlußworte des Antragbegründers wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Niederlitzner begründete alsdann einen Antrag, der für die Sammelbarkeit der Auslandshilfe die Wahl einer paritätisch zusammengesetzten Kommission fordert, zwecks Ueberwachung und Kontrolle der durch die Gewerkschaften eingeleiteten Sammlungen. Die Generalversammlung lehnte den Antrag ab, da das Vertrauen Niederlitzners vollständig unangebracht sei.

Derselbe Antragsteller forderte dann die Ueberweisung von 100 000 Mark aus der Kasse der Ortsverwaltung an das Russische Rote Kreuz zur Vinderung der Not der Hungernden in Rußland. Nach Aussprache und wiederholter Abstimmung wurde der Antrag schließlich mit 179 gegen 203 Stimmen abgelehnt.

Hierauf begründete Tzipik einen Dringlichkeitsantrag der Vermahlung, der eine Erhöhung des Beitrages zur Kassenkasse um 80 Pfennig, also auf 2 M. wöchentlich verlangte. An Hand einer Aufstellung erbrachte Tzipik den Nachweis, daß es dann möglich wäre, die Zuschläge für Streifenunterstützung aus der Kassenkasse zu verdoppeln. Der Antrag löste eine längere Debatte aus und wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Zum Schluß der Versammlung wurde ein Antrag, den Vermögenswerten Oppans 50 000 M. zu überweisen, der Verwaltung als Material überwiesen.

Zum Streit im Gastwirtsgewerbe

Der Terror der Gastwirte

Beim Arbeitnehmerkartell der im Gastwirtsgewerbe vertretenen Organisationen laufen in wachsendem Umfange Erklärungen von Wirtschaftsinhabern ein, daß sie unter dem Druck der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände die Bewilligung der Forderungen zurückziehen und ihre Lokale schließen müßten, weil man ihnen behördliche Schikanen und private Nachteile in Aussicht gestellt hat. Die Wirtschaftsorganisationen sorgen also auf der einen Seite für eine Verringerung der geöffneten Schankstätten, und auf der anderen Seite eröffnen sie sogenannte Kollisionslokale, und der Herr sozialdemokratische Polizeipräsident Richter leistet diesem widerstrebigen Treiben Unterstützung, indem er diese Lokale unter starken polizeilichen Schutz stellt! Recht eigenartig ist auch, daß Lokale wie die Weinstuben von Huth u. Sohn, von Mitscher u. Caspary, von Tard und von Mitscher, sowie das Prinzesscafé und das Englische Café diesen Schutz genießen. Daß die Bevölkerung Berlins, soweit sie nicht über einen besonders großen Geldbeutel verfügt, dort ihre Bedürfnisse befriedigen könnte, ist doch kaum glaubhaft.

Wir haben erst gestern im Morgenblatt den Herrn Staatsanwalt auf diese Tatsachen aufmerksam gemacht. Vielleicht genügen diese weiteren Angaben, um ihn zu veranlassen, sich für diese Dinge näher zu interessieren. Das Kapitel „Die Schupo in Theorie und Praxis“ erfährt desgleichen eine weitere Bereicherung.

Der Streit in der Holzindustrie geht weiter

Eine bürgerliche Korrespondenz verbreitete vor einigen Tagen die Nachricht, daß der Streit der Holzarbeiter vor dem Abbruch stehe. Diese Mitteilung stützte sich wohl auf einen Schiedspruch des Assessors Rörner, mit dem sich die streikenden Holzarbeiter in zwei überfüllten Versammlungen in den Kammerjalen gestern früh beschäftigten. Lehnlich wie bei den streikenden Kellnern, handelt es sich auch hier bei den Holzarbeitern um die Durchsetzung einer Prinzipienfrage und zwar um den Reichsmantelvertrag. Der Schiedsrichter leistete sich nun das Vergehen, diverse Punkte des Reichsmantelvertrages herauszuheben, um die Wünsche der Holzindustriellen, die sich der Führung des samosen Oberreaktionärs Baeth unterwerfen, zu berücksichtigen.

Die Berliner Holzarbeiter verlangen nichts anderes, als die Erfüllung der Arbeitsbedingungen, wie sie die Kollegen in ganz Deutschland haben. Hier handelt es sich also nicht nur allein um die Lohnfrage, mit der sich die Streikenden abgefunden hätten, sondern eben auch um die Anerkennung des Reichsmantelvertrages. Die Holzarbeiter haben die Wichtigkeit dieser Frage begriffen und einstimmig in den genannten Versammlungen den Schiedspruch abgelehnt. Trotzdem der Streit acht Wochen dauert, sind die Ausständigen bereit, so lange zu kämpfen und auszuharren, bis der Reichsmantelvertrag durch die Unternehmer anerkannt wird.

Streit der Elektrodroschkenführer

Der Transportarbeiter-Berband stellt mit: Der Streit der Elektrodroschkenführer bei den Firmen Pohlmann, Podzun, Schroth, Müller, Michaels, Hannoverische Str. 6, und Winter, Hollmannstr. 32, nimmt seinen Fortgang. Die bestreikten Firmen gehören dem Interessenverband an und spielen innerhalb des Elektrodroschkenwesens die Scharfmacher. Trotzdem alle übrigen Unternehmer den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses anerkannt haben und auch die Verbindlichkeitsklärung beantragten, lehnten die bestreikten Firmen eine Einigung vor dem Demobilisationskommissar ab. Der Demobilisationskommissar lehnte hierauf mit einer einseitigen Begründung, deren Stichhaltigkeit nichts zu

wünschen übrig läßt, die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches ab, eine Tatsache, die als partiell betrachtet wird. Ebenso verhält es sich mit der unseres Erachtens ungeschicklichen Ausbildung von Arbeitswilligen. Trotzdem wir bei den maßgebenden Behörden vorstellig wurden, geht die Ausbildung von Seiten der Unternehmer Pohlmann und Podzun ruhig weiter.

Die Betriebe werden künstlich aufrecht zu erhalten versucht. Unter den Arbeitswilligen befindet sich auch der Inhaber des Seifengeschäftes Boyenstr. 35. Da der gute Mann, wie es scheint, es unbedingt notwendig hat, seinen Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen, empfehlen wir der Arbeiterschaft, dieses Geschäft besonders zu beachten.

Arbeiterport

Wochentag Arbeiterportier!

Am 8. und 9. Oktober findet in Köpenick die Gründung eines Arbeiterportierkartells statt. Programm: Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, Abholung der fremden Vereine vom Bahnhof, von dort zum Lokal Wilhelmstraße, Vöhlbühnenstr. des Arbeiterverbandes „Naturfreunde“. Sonntag früh 7 Uhr Meise, 10 Uhr Abmarsch der Turner vom Lokal zur Schule Holzstraße, dortliche Ansprache, Aufzählung der Turner, Kahlstr., Wanderband „Naturfreunde“ und des proletarischen Gesundheitsdienstes. 12 Uhr Abmarsch vom Lokal zur Demonstration durch Köpenick.

Beteiligt auch in Köpenick an dieser Fahrt.

Abfahrt der Jüge Schönefelder Bahnhof 3,30 Uhr, 4,30 Uhr und 6,00 Uhr, Erfahrt umliegen.

Herrn Radf. Verein Groß-Berlin, Touren am Sonntag, den 9. Oktober, 6 1/2 Uhr: Streifzüge durchs Blumental, 1 1/2 Uhr: Hirschgarten, Kellers Waldburg.

Freie Turnerschaft Charlottenburg, Fußballabteilung, Sonntag, den 9. Oktober, nach 3 Uhr auf dem Sportplatz in Charlottenburg, Reiterstraße, abends 7 Uhr: nahe Behnhof Jungfernhöhe, höchstinteressantes Fußball-Wettbewerb zwischen den 1. Mannschaften der freien Turnerschaft Spandau und abiger Abteilung. Vorher treffen sich die beiderseitigen 2. und 3. Mannschaften.

Freie Turnerschaft „Einigkeit“ veranstaltet am Sonntag, den 9. Oktober 1921, auf dem Gemeinde-Sportplatz Steglitz, Ring, Ecke Säbendstraße, ein Sportfest zugunsten der Kassenhilfe und Hinterbliebenen von Oppau. Geboten wird: Fußball Steglitz - Nordsee, Weibler der W. S. B., vorher 2. Mannschaft, Kupperdem Fußball, Faustball, Massenfreiwürfen, Dreikämpfe, Getreidelernen, Ring- und Bergkämpfe. Um zahlreichste Beteiligung im Interesse der guten Sache wird gebeten.

Erklärung. Im Frühjahr d. J. trat ein erheblicher Teil der Mitglieder aus dem „Männer- und Frauenchor „Reutlingen““ aus und schloß sich unter dem Namen „Reutlinger Sängerkreis“ zu einem neuen Verein zusammen. In Vorliebe der Verein den Antrag auf Aufnahme in den Arbeiter-Sängerbund. Dieser Antrag hat bis heute keine Entscheidung noch nicht erlangt. Um gewissen Anwürfen entgegenzutreten, teilen wir jetzt, daß sämtliche 75 Mitglieder gewerkschaftlich und zum größten Teil auch politisch organisiert sind; ebenso dem Arbeiter-Sängerbund lange Jahre als Mitglieder angehört haben, und dieselbe noch heute sind, was wir früher waren: Arbeiter-Sänger.

Diese Erklärung geschieht mit Kenntnis und Zustimmung des Arbeiter-Sängerbundes, Gau Berlin. Reutlinger Sängerkreis.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, 8. Oktober

1. D. M. Abends 7 1/2 Uhr Verhandlung der Krüger, Poststr. 10. Reutlingen-Bez. Parteikommisionen. Tourenführer treffen sich heute 1/2 Stunde vor der Justizkanzlei, Reutlingen, Reichstr. 8.

Sonntag, 9. Oktober

18. D. M. 7. Abteilung. Vorm. 9 Uhr Flugblattverteilung bei Tschentz, Riesenbühl, Ecke Hirschstraße.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

D. M. 18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

18. D. M. 18. D. M. 2 Uhr öffentliche Versammlung, Landberger Chaussee 118, am Weidenstr. Weg.

Das Hohe Cder Hausfrau



Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F.A. J. J. J. J. A. G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf

Generalvertretung:
FRANZ JOS. GFRÖRER, Berlin W 50
Ansbacher Str. 56 • Fernspr.: Steinpl. 4843 u. 12144



Trotz Preissteigerung, alte Preise!
Sakko-Anzüge beste Verarbeitung, s. Cheviot, Kammgarn, mit u. ohne Umschlughose, auf Leinen u. Rohhaar M. 375,-, 450,-, 550,-, 650,-, 750,-, 850,-, 950,-
Ulster, Raglan- u. Schlüpfer-Form, a. modisch. Stoffen, in den neuesten Farben, beste Verarbeitung M. 495,-, 530,-, 675,-, 915,-, 1050,-
M. Schulmeister
Kottbuser Tor Horran- u. Knaben-Konfektionshaus



In jedem Laden kaufst Du ihn,
Den besten Schuhputz von Berlin
Urbin

Genossinnen und Genossen beachtet unsere Inferenten!
Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ausdrücklich
Urbin-Terpentilölware,
die noch nie erreichte Qualität.